

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,10 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,20 Mk. pro Quartal. Unter Ausschluss: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingez. in der Post-Belegungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt I. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 8. März 1893.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Aus England.

London, 8. März.

Im Parlament geht es mit jedem Tage lustiger zu. Die vereinigten Tories und Unionisten treiben Obstruktion, was immer sie nur können, und die Liberalen und Irländer lassen es an Ausbrüchen des Mergers und der Entrüstung darüber nicht fehlen. Die Entrüstung der letzteren gewinnt dadurch einen etwas komischen Beigeschmack, als sie ja gerade ihrerzeit die Politik der Obstruktion mit bisher unübertroffener Virtuosität kultivierten, und die Konservativen verfehlen denn auch nicht, ihnen dies bei jeder Gelegenheit höhnend entgegenzuhalten, aber — wenn zwei dasselbe thun, ist's doch nicht dasselbe. Die Irländer praktizierten die Obstruktion behufs Bekämpfung gegen sie verübten Unrechts, die Konservativen dagegen behufs Aufrechterhaltung von nationalen und Klassenprivilegien. Das Vorrecht der britischen Aristokratie und der zu ihnen haltenden Orangisten, alle einflussreichen Ämter in Irland zu besetzen ist neben dem Landlordinteresse der einzige reelle Gegenstand, um den es sich bei der Bekämpfung Home Rule's heute noch handelt. Alles Uebrige ist theils Vorwand, theils Einbildung. Aber je mehr es sich von dem wirklichen Kernpunkt des Streites entfernt, um so mehr wird es von den Vereckstern der erwählten Interessen in den Vordergrund geschoben, und darum der große Lärm über die angeblich bedrohte Religionsfreiheit der protestantischen Minderheit Englands und die gefährdete Sicherheit Englands in einem Kriegsfalle, sobald Irland erst Home Rule habe. Die Irländer haben — Parnellites wie Antiparnellites — sich mit allen Punkten der Gladstone'schen Vorlage, welche die militärische und diplomatische Einheit des Reiches nach Außen hin sichern sollen, rückhaltlos einverstanden erklärt, und es ist gar nicht abzusehen, warum das auf den Fuß der Gleichberechtigung gestellte Irland im Kriegsfalle eine größere Gefahr für das britische Reich darstellen sollte als das in seinen Rechten zurückgesetzte. Nie haben die Irländer Englands Feinde lauter jubelt, als zu den Zeiten der strammsten Reichs-Einheit. Und daß die katholischen Irländer im 19. Jahrhundert religiöse Verfolgungen anstellen würden, können wirklich nur politische Kinder sich vorreden lassen. Aber wer die Deklamationen der konservativ-unionistischen Redner über die Preisgebung der loyalen protestantischen Minderheit liest, sollte meinen, daß die Scheiterhaufen in Irland schon gerichtet wären und nur auf die Verwirklichung Home Rule's warteten, um in hellen Flammen emporzulobern. So eitelhaft wird die Auffrischung der No Popery (keine Papstherrenschaft)-Agitation betrieben, daß der in den Schooß der konservativen Partei zurückgekehrte „Tory-Demokrat“ Lord Randolph Churchill sich dieser Tage wieder einmal veranlaßt gesehen hat, gegen das Gros seiner eigenen Parteigenossen zu sprechen und zu stimmen, als dieselben bei irgend einem untergeordneten Anlaß in Kulturkampf machten.

Uebrigens hat bisher die Regierungsmehrheit viel strammer zusammengehalten als die Opposition, so daß einige liberale Blätter schon begonnen haben, von einem Zusammenbruch der letzteren zu jubeln. Das ist nun etwas sehr verfrüht. Aber doch macht sich bereits in der konservativen Presse etwas wie Enttäuschung darüber bemerkbar, daß an die in Aussicht gestellte Auseinandersetzung der bunten Gefolgschaft Gladstone's vorerst gar nicht zu denken ist, vielmehr die eigne Partei überall da, wo es sich nicht um platte Obstruktion handelt, das Bild der Unentschlossenheit, wo nicht der Zerfahrenheit darbietet. Die letzten Nachwahlen haben wieder ein Wachstum der liberalen Stimmen offenbart, und daß sich dies fast überall wiederholen wird, wo die Liberalen nicht außer den Konservativen auch die radikaleren und sozialistisch gesinnten Arbeiter gegen sich haben, untersteht kaum einem Zweifel. Aber die sozialistische Agitation macht ziemlichliche Fortschritte, und so ist auch der Jubel der Liberalen kein ungemischter.

Im Parlament zwar spielt die Sozialdemokratie zur Zeit keine besonders imponierende Rolle. Burns und Keir Hardie, die man allein als ausgesprochene Vertreter derselben bezeichnen kann, gehen jeder seinen eigenen Weg, einer immer unbekümmert um den andern und oft sogar im direkten Gegensatz zu dem andern. Das wäre natürlich nicht möglich, wenn nicht zwischen ihnen starke persönliche Verbitterung herrschte, inder diese Seite des Konflikts habe ich hier nicht zu erörtern, sie ist auch thatsächlich weniger Ursache als Wirkung desselben. Der Gegensatz war schon da, als bei Zusammentritt des Parlaments Keir Hardie etwas geräuschvoll in dasselbe einzog und sofort eine feindselige Aktion gegen das neue Kabinett eröffnete. Er geht eben von der Idee aus, daß die Sozialdemokratie im Parlament vor allen Dingen die Opposition zur jedesmaligen Regierung hervorzuhelfen habe, gleichviel welcher Fraktion des Bürgerthums dieselbe angehöre, während Burns den Liberalen nur kritizierend, den Konservativen aber ausgesprochen feindlich gegenübertritt. Wie stets die taktischen Streitfragen, lassen sich auch hier für beide Standpunkte — in Abstrakto betrachtet — sehr einleuchtende Argumente beibringen, in der Wirklichkeit können beide nicht durchgängig inne gehalten werden. Was zum Beispiel Keir Hardie's Taktik anbetrifft, so stößt sich ihre konsequente Durchführung an der Thatsache, daß man nach Lage der Dinge in England die Geschäfte der Tories besorgt, wenn man den Liberalen à tout prix Opposition macht und umgekehrt. Bei der Burns'schen Taktik liegt die Gefahr nahe, unversehens in immer stärkere Abhängigkeit von den Liberalen zu gerathen. In Ländern mit wirklich parlamentarischer Regierung ist eben der Boden im Parlament viel schlüpfriger als da, wo die Volkswortredung einer von ihr unabhängigen Regierung gegenübersteht. Nur wer eine starke Partei hinter sich hat, die ihn zugleich stützt und kontrollirt, ist vor dem Ausgleiten geschützt. Das ist in ausreichendem Maße weder bei Burns noch bei Keir Hardie der Fall, aber bei dem Letzteren

wenigstens bis zu einem gewissen Grade. Nachdem er in seiner Rede zur Adressdebatte sozusagen reinen Tisch geschaffen zwischen sich und den Konservativen, die mit ihm für das Tadelvotum gegen die Regierung gestimmt, sind ihm viele Zustimmungsvotum-Resolutionen aus sozialistischen Kreisen zugegangen, und als Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei und auch sonst hat er beständig Fühlung mit der kämpfenden Sozialdemokratie. Burns dagegen isolirt sich mehr und mehr; er ist fast nur noch eine lokale Größe, ein tüchtiger Abgeordneter seines Wahlkreises, der aber für die Bewegung als Ganzes wenig übrig hat. Das wird ihm auch von Leuten verübelt, die ihn trotz mancher Fehler für einen der besten Repräsentanten des Sozialismus in England halten; seinen Feinden und Neidern — und er hat deren sehr viele — ist es eine erwünschte Gelegenheit, sich an ihm zu rächen. Er scheint das mit einem gewissen Trost hinzunehmen, aber die Kluft zwischen ihm und Keir Hardie wird dadurch nur immer größer, und immer mehr neutralisiren beide einander. Wäre das nicht der Fall, so würde der Sozialismus schon jetzt eine ganz andere Rolle im englischen Parlament spielen als er es in Wirklichkeit thut. Burns und Keir Hardie sind in der Hand würden die anderen Arbeiterabgeordneten zusammenschalten, da sie einander entgegenwirken, gehen auch die anderen ihre eigenen Wege, und höchstens bei gewissen speziellen Anlässen merkt man, daß es eine ganze Gruppe von Arbeitervertretern im Parlament giebt. Das wird sich erst ändern, wenn es entweder gelingt, von außen her die Differenzen zwischen den Genannten auszugleichen, oder wenn zu ihnen ein dritter Sozialist ins Parlament kommt, der die Vermittlung übernimmt.

Da ich einmal auf das Thema der internen Streitigkeiten eingegangen bin, will ich doch gleich eine andere recht unliebsame Affäre berühren, die ein gewisses internationales Interesse hat. Sie spielt zwar nicht unter englischen Sozialisten, ist aber auf englischem Boden jüngst zur öffentlichen Diskussion gekommen.

Vor einigen Wochen wurde in der sozialistischen polnischen Presse vor einem gewissen Martin Kasprzak gewarnt, einem Mann, der früher ein eifriges Mitglied der Partei gewesen war, auch für seine Thätigkeit schon gefängnishaft durchzumachen hatte, der aber in neuerer Zeit sich große und grobe Unregelmäßigkeiten habe zu Schulden kommen lassen und gegen den außerdem starker Verdacht vorhanden sei, daß er Beziehungen mit der Polizei unterhalten. Da diese Bekanntmachungen in der „Gazeta Robotnicza“, im „Przedwiti“ und im Organ der Sozialisten Galiziens veröffentlicht wurden, so darf man annehmen, daß alle aktiven polnischen Sozialisten hinfänglich unterrichtet sind und eventuell Kasprzak gegenüber die gebührende Vorsicht beobachten werden. Nun hat aber Kasprzak, als er merkte, daß unter seinen eigenen Landsleuten sein Kredit zu schwinden begann, mit den Leitern des hier in England etablirten „Fonds für eine freie russische Presse“ (Russian Free Press Fund) Ber-

Feuilleton.

nachdruck verboten.)

183

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepiak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Der Sänger saß unter einem Baume. Es war ein junger Mann, welcher wegen des üppigen, Rinn und Wangen bedeckenden Haares doppelt so alt aussah, als er wirklich war. Er war ein Studiengenosse von Annie Wulitsch.

Eine Dame in dunkelblauer Kleide stand zuhörend neben ihm. Sie war mittelgroß und ziemlich schlank. Die durchsichtige weiße Haut, das schöne Haar, welches in Locken das sanfte, liebliche Gesicht einrahmte und die Augen vom tiefsten Blau verliehen ihr ein engelhaftes, aber wenig geistreiches Aussehen.

Sie stellte sich selbst als Woinowa vor. „Warja? O ich bitte Sie wegen dieser Vertraulichkeit um Verzeihung! Warwara Mlegowna?“ sagte Andrej fragend.

„Ja, Warwara Mlegowna, oder Warja, was mir lieber ist,“ sagte das junge Weib freundlich.

Sie war eine wohlbekannte Frau, diese Warja Woinowa. Ihre Freunde nannten sie nicht mit Unrecht die Mutter der Betrübten. Frau eines Chirurgen mit liberalen Ansichten, hatte sie die Sorge um die politi-

schen Gefangenen zur Hauptaufgabe ihres Lebens gemacht und that alles, was in ihrer Macht stand, um die Leiden derselben zu lindern, so als ob sie alle Glieder ihrer eigenen Familie gewesen wären.

„Es ist gut, daß ich Euch beide hier getroffen habe“, sagte sie lächelnd zu Andrej und Wassilij, die sie zum ersten Male sah. „Wenn an Euch die Reihe kommt, werde ich um so lieber für Euch Sorge tragen.“

Sie dankten ihr für das Versprechen, protestirten aber dagegen, weil sie nicht die Absicht hatten, ihr gerade jetzt Gelegenheit dazu zu bieten.

Die Schwestern Duborow waren in den Wald gegangen, um trockenes Holz für das Feuer zu sammeln. Durch den Ton neuer Stimmen angezogen, kamen sie herbei. Ihnen folgte ein junger Mann mit wässerigen Augen, hellblonden Haaren und einer knopfbühlichen Nase, die in einem komischen Gesichte saß. In den Armen hielt er ein großes Holzbündel, welches er aufs Gras warf.

„Ah, Botsharow!“ rief Annie Wulitsch aus. „Kommen Sie her, ich werde Sie meinen Freunden vorstellen.“

Botsharow gehörte zu den Parteimitgliedern der Dubrawnik'schen Sektion. Er war ein Legaler, d. h. ein Mann, welcher auf einen echten Paß unter seinem wirklichen Namen lebte. Indes war er kürzlich mit der Polizei zusammengefallen.

Sie setzten sich auf den Rasen nieder und Andrej drückte seine Bewunderung aus, daß Botsharow sich so frei bewege. Man hatte ihm nämlich erzählt, daß er von der Polizei streng bewacht sei.

„Gewiß bin ich das“, sagte Botsharow in ernstem Tone. „Ich habe aber mit dem Spion, der zu meiner Bewachung angestellt ist, eine Vereinbarung getroffen und wir befinden uns beide sehr wohl dabei. Einmal wöchent-

lich kommt er zu mir, und ich gebe ihm meine Instruktionen betreffs der Orte, die er als von mir besucht angeben soll, und dann quält er mich nicht mehr mit seiner Gegenwart.“

Annie Wulitsch meinte, daß es sehr kostspielig sein müsse, ein solches Verhältniß mit einem Spion zu unterhalten.

„O, durchaus nicht“, erwiderte Botsharow, „ich bin nicht solch ein Narr. Ich verwende keinen Pfennig darauf. Ich zwang meinen Mann, sich mir auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Eines Tages vor ungefähr zwei Wochen, als ich es satt hatte, ihn immer auf meinen Fersen zu haben, trat ich am Morgen, mit einem Stück Brot und Wurst in der Tasche, heraus und begann von einem Ort zum andern, ohne einen Moment anzuhalten, zu wandern. So ging ich und ging, bis der Abend herannahte! mein Spion schleppete sich immer auf den Fersen, nach. Ich war furchtbar müde, wußte aber, daß er noch weit müder sein mußte, da er seit dem frühen Morgen nichts gegessen hatte. Dann und wann schrie ich ihm zu: „warte nur, Du Gallunke, Dir soll noch die Zunge aus dem Halse hängen! Ich werde Dich bis zur Morgendämmerung auf dem Trab halten, wage nicht mich zu verlassen, denn merk Dir, ich bin dabei, einem großen Revolutionär einen Besuch abzustatten“. Mein Mann folgte mir mürrisch, ohne zu antworten, bis er sich nicht mehr halten konnte und unwillig ausbrach:

„Ich bin auch ein Mensch und kein Hund, mein Herr, Sie sollten sich schämen mich so zu behandeln. Ich muß Weib und Kinder ernähren, mein Herr.“

„Wer sollte darauf kommen, daß solche Schufte auch Frauen und Kinder haben? Ich gab alldann nach und schlug ihm das Abkommen vor, das er sofort zur gegen-

Bindungen angeknüpft, und deren Vertrauen in so hohem Maße zu gewinnen gewußt, daß sie seine Dienste akzeptierten und ihn damit in Dinge einweihten, die man gerade nicht der Polizei anzuvertrauen pflegt. Anfangs geschah dies, ohne daß die polnischen Sozialisten darum wußten, aber es dauerte auch fort, als das erwähnte russische Komitee — das zum Teil aus denselben Personen besteht, wie „Free Russia“ — bereits von den Polen erfahren, daß allerhand schwere Verdachtsmomente gegen R. vorliegen. Auf diese Weise ist Kasprzak in die Lage gekommen, mit gutem Vorwand nach dem Festland zurückzukehren, dort allerhand Reisen zu unternehmen und sich event. als Vertrauensmann der „Free Russia“-Vertreter zu gerieren. Da ich wiederholt in diesem Blatte zur Unterstützung der letztgenannten Bewegung aufgefordert habe, so sehe ich mich um so mehr veranlaßt, an dieser Stelle davor zu warnen, R., wenn er sich unter seinem oder anderen Namen vorstellen sollte, auf den Kredit der Sache hin, für die er angeblich wirkt, weiter zu empfehlen oder mit Adressen zu versehen. Auch wenn der Verdacht, daß er polizeiliche Beziehungen unterhielt, trotz aller dafür vorhandenen Momente, unbegründet sein sollte, so liegen doch eine ganze Reihe von Thatsachen vor, die mindestens seine Vertrauenswürdigkeit arg in Zweifel stellen. Es ist daher fast unbegreiflich, wie die Leiter des russischen Preßfonds bestenfalls an R. festhalten können, zumal doch gerade was Rußland betrifft, selbst bei den unschuldigsten Dingen, doppelte und dreifache Vorsicht geboten ist. In solchen Fällen das subjektive Urtheil walten, sich von persönlichen Eindrücken bestimmen zu lassen, ist ein grober, unter Umständen sogar unverzeihlicher Fehler. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

Aus dem Reichstage. Der Marineetat brachte heute eine kleine Auseinandersetzung über den neu gegründeten Kohlenring der rheinisch-westfälischen Zechen und die versuchte Preisschneiderei, welche dieses Unternehmer-Partei unter dem Namen Kohlenausfuhr-Verein seiner Zeit der Marineverwaltung gegenüber versuchte. Das Kartell reichte im März vorigen Jahres ein Preisangebot von 12,50 M. pro Tonne Kohlen ein und blieb bei einer zweiten Submission auf den exorbitant hohen Preisen stehen. Die Marineverwaltung akzeptierte darauf das Angebot englischer Firmen, welche bis April die Kohlen 4,26 M. resp. 3,76 Mark billiger lieferten als wie der westfälische Ring. Als die Vertreter des letzteren sahen, daß ihre Preisschneiderei in diesem Falle nicht von Erfolg begleitet war, boten sie dieselbe Kohle für 9 M. resp. 8 M. an, nun war es aber zu spät, und die Engländer erhielten für 22 000 Tonnen Kohlen den Zuschlag. Die Budgetkommission billigte dieses Verhalten der Marineverwaltung als durch finanzielle und wirtschaftliche Rücksichten geboten. Im Reichstage hatte nun heute Dr. Hammacher, als direkt Theilhaber an den westfälischen Kohleninteressen, die Stirne, die Marineverwaltung wegen „Schädigung der Interessen der nationalen Arbeit“ anzuklagen. Dieser widerlichen Anschuldigung wurde von Weibel in gebührender Weise gedient. Auch der freisinnige Brömel wies die Ansprüche der Kohlenbarone zurück, während der konservative Graf Rautz eine „abwartende“ Stellung einnehmen will.

Bei Feststellung der Tagesordnung wurde per Hammelsprung wieder einmal die Beschlußfähigkeit des Hauses konstatiert. Während der erste Präsident zu Gunsten der Etatsberatung auf den Schwermetall verzichtete wollte, verlangte der zweite Präsident die Initiativanträge morgen verhandelt zu sehen, damit der Jesuitenantrag noch vor Ostern daran komme. Bei der Abstimmung votierte die Majorität — Freisinn, Nationalliberale und Konservative — merkwürdiger Weise gegen das bisher geübte Recht, in jeder Woche einen Tag den Anträgen aus dem Hause zu widmen. —

Beim Reichstage waren 175 Petitionen eingegangen, die aus verschiedenen Beweggründen und in verschiedener Weise Änderungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bezw. Aufhebung des Gesetzes erbitten. Die Petitions-Kommission beantragt, der Reichstag wolle beschließen, über die

seitigen Zufriedenstellung annahm und seitdem bin ich wieder ein freier Mann.“

Ein neuer Gast, der sich verspätet hatte, trat in diesem Momente ein und entschuldigte sich, daß er durch seine vielfache Beschäftigung so lange von der angenehmen Gesellschaft fern gehalten war. Es war ein gewisser Mironow, ein früherer Gemeindeführer. Die Geschwister Duborow und die Parteileute von Dubrawnik hielten sehr viel von ihm, weil er in enger Beziehung zu den Bauern stand, so daß er in gewisser Hinsicht der Löwe des Tages war.

Er war eingeladen worden, um mit Andrej und Wassilij, mit denen er sich auch gleich in eine Unterhaltung einließ, zusammenzutreffen. Er that dies mit der eigentümlichen Wichtigkeit eines Mannes, der sich bewußt ist, eine Berühmtheit zu sein und jedermann zu interessieren.

„Mironow! Hier ist Woinowa, die vor Ungeduld brennt, ihre Bekanntheit zu machen!“ rief die ältere Duborow lachend.

„Nein durchaus nicht! protestirte Woinowa.“

„Ja, ja! kommen Sie her!“ Mironow entschuldigte sich mit einem Lächeln bei Andrej, als ob er sagen wollte, ich kann nicht dafür! Ich wäre noch gerne bei Ihnen geblieben, aber jede Lage hat ihre Unannehmlichkeiten.

„Welch' eckelhafter Mensch“, flüsterte Annie Wulitsch Andrej zu, als er fort war. „Ich wäre nicht gekommen, wenn ich gewußt hätte, daß er hier ist.“

„Warum? Was haben Sie gegen ihn?“ fragte Andrej. „Man sagt, daß er ein hervorragender Propagandist unter den Bauern ist.“

„Er sagt es selbst, da müssen wir's wohl glauben. Biehlricht ist er's. Aber nichtsdestoweniger erscheint er mir hassenswerth.“

Der Holzhaufen war indeß angezündet worden und der schwarze eiserne Kessel über das Feuer gehängt. Wassilij übernahm es, das Kochen der Maisuppe und des Speck zum Abendbrot zu übernehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Petitionen, betreffend das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, soweit sie auf Aufhebung des Gesetzes und Erhöhung des Reichsbeitrages sich beziehen, zur Tagesordnung überzugehen, im übrigen die Petitionen dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. So sicher es ist, daß das Gesetz reformbedürftig, daß die Technik seiner Durchführung sehr verbesserungsfähig ist, so fest es steht, daß die Leistungen der Versicherung ausgiebiger werden müssen, wenn sie genügen sollen, so ist nicht minder an der Einrichtung selbst festzuhalten. —

Der Unfall des Deutschfreisinn. Die um Ricker sind bereit, sich mit Caprivi zu „verständigen“ und mit Wadenstrümpfer-Begeisterung für die Militärvorlage sich gewinnen zu lassen. Der Dinge, welcher die „vierten Bataillone“ bewilligen will, spielt sich als Strateg und General-Feldmarschall der Kompromißler auf, und Herr Eugen Richter befindet sich in peinlicher Verlegenheit. Wenn der Deutschfreisinn nicht geschlossen in dieser grundsätzlichen Frage wie ein Mann zusammensteht und die furchtbare Mehrbelastung des Volkes verwirft, so ist er gerichtet, die große Masse der demokratisch gesinnten deutschfreisinnigen Wähler schwenkt ab in unser Lager, der Bankrott des bürgerlichen Liberalismus ist offenkundig. Was thun? Richter bemüht sich, die Weichenden zu halten, aber sein Auftreten ist resignirt, seine Sprache, die doch an Schärfe sonst nichts zu wünschen übrig läßt, klingt elegisch. In der Fraktion müssen die Kompromißler ziemlich stark sein. In einem langen Artikel über die Innehaltung der Friedenspräsenzstärke schreibt Richter's „Freisinnige Zeitung“: Graf Caprivi spekulirt gegenwärtig darauf, daß er die Nationalliberalen auch für weitere Erhöhungen über das Anerbieten Bennigsen's hinaus nach sich ziehen, und daß er alsdann die ihm an der Mehrheit noch fehlenden 50 Stimmen gewinnen wird durch Spaltung der Zentrumsparthei und der freisinnigen Partei aus Minoritäten dieser beiden Parteien. Es wird der freisinnigen Partei bei der Ungunst der Finanzlage und der wirtschaftlichen Verhältnisse schon nicht leicht werden, vor dem Lande die Vertretung einer Erhöhung des Militäretats zu übernehmen, welche unter Innehaltung der Friedenspräsenzstärke durch die neuen Umgestaltungen herbeigeführt wird. Wollte die freisinnige Partei noch darüber hinaus sich auf eine Steigerung der persönlichen Militärlasten einlassen, so würde die zweijährige Dienstzeit schließlich statt zu der erwarteten Entlastung, zu einer Vermehrung der Belastungen des Landes nach jeder Richtung führt, so würde die freisinnige Partei daraus und aus der in Verbindung damit wachsenden Steuerlast eine Verantwortung übernehmen, der sie erliegen müßte.“ Aber die Kompagnie Hünze-Ricker rüßt sich zum Rückzug, im Einverständnis mit dem Selbjudenthum, das aus heller Angst vor dem Antisemitismus vor der Regierung auf den Knien liegt. Die Wadenstrümpfe leiden so wenig, wie 1849 ihr Fraktionsgenosse Ludwig Bamberg im Gefecht von Kirchheimbolanden, an „Widerstands-Fanatismus“. Und so bleibt abzuwarten, ob in der auf den 8. d. Mts. festgesetzten Reichstags-Fraktionssitzung die Wadenstrümpfe oder die um Richter die Oberhand behalten. Mag die Entscheidung fallen wie sie wolle, das Volk wird mit den Volksfeinden, die ihm die Militärvorlage aufhalsen, unerbittlich ins Gericht gehen, mögen sie zu den Junkern, zum Zentrum oder zum Deutschfreisinn gehören. —

Johannes Conrad, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Halle, erklärt die Nachricht des von ihm seit einiger Zeit benutzten Organs, der „Schlesischen Zeitung“, er sei eingeladen worden, über die wirtschaftliche Seite der Militärvorlage dem Reichskanzler Vortrag zu halten, für „einen Irrthum“. Geheimrath Conrad — er ist übrigens an demselben Tage wie der berufene Polizeirath Krüger zum Geheimrath ernannt worden — hätte diese Berufung zum Grafen Caprivi gar wohl verdient. Hat er doch in derselben „Schlesischen Zeitung“, die sich zum Mundstück seines Ruhmes macht, den für einen Kollegen des Alles beweisenden Gneist nicht allzuschweren Nachweis geführt, daß das deutsche Volk die neue Last der aus der Vorlage sich ergebenden Kosten gut tragen könne. Wenn andere Akademiker den Wechsel ihrer Ansichten über soziale und politische Fragen mit zauberhafter Schnelle vollzogen und aus Freihändlern von reinem Wasser zu Hochschulzöllnern, aus Hochschulzöllnern zu Handelsvertrags-Vertheidigern sich umhäuerten, wenn schmiegsame Professoren, die gestern als röthliche Rotheder-Sozialisten den Treitschke abführten, heute die schärfste Ausnahmeregierung vertheidigten, so war dies nicht verwunderlich. Unseren Universitätslehrern ist zum großen Theile unter dem Druck der politischen Reaktion und des Kapitalismus das Rückgrat geschmeidigt worden und die Selbständigkeit der Besinnung abhanden gekommen. Wenn die Göttinger Steben mannhaft und gradlinig lieber in die Verbannung gingen, ehe sie sich einem Gewaltreich des Absolutismus beugten, so zeigte es sich, daß auf sie und die ihnen Gleichgesinnten jenes bekannte Wort des Königs von Hannover über die Professoren — der Waise sprach es an einer festlichen Tafel seines königlichen Vaters von Preußen — in keinem Betracht zutrifft. Aber die Zeiten haben sich geändert. Daß just Conrad als Fürsprecher der Militärvorlage in die Schranken trat, ist allerdings manchem überraschend gekommen. Er war einer der wenigen Universitäts-Ökonomen, die in der Hochzöll-Ära gegen die Kornzöllner wirkten. Wir rathen dem Reichskanzler, da er den Lehrer hört, auch dies oder das Buch etwelcher Schüler Conrad's anzublättern. Graf Caprivi möge z. B. die naturgetreue Schilderung des hausindustriellen Glends studiren, wie sie mit meisterlicher Schärfe ein Mitglied des von Conrad geleiteten nationalökonomischen Seminars in Halle, Emanuel Hans Saz, entworfen hat. Da mag er feststellen, ob auf den samosen Kopf der deutschen Bevölkerung noch mehr Steuern gewälzt werden können. — In der Gesellschaft der Wortführer des neuen Belastungsplanes auch den Berliner Dozenten Dr. J. Jastrow zu sehen, ist allerdings betäubend. Jastrow's kleine Broschüre: „Drückt die Militärlast? (Leipzig, Hirschfeld, 1898)“ sucht im ersten Theile zu erweisen, daß wir im Stande seien, auch das erhöhte Kriegsbudget zu tragen. So wenig wie allen Andrej gelingt ihm dieser Nachweis. Seine Gründe stützen sich auf spitzfindige und

haltlose Kopfrechenkunststücke, und die von ihm vorgeführten Autoritäten sind durchgängig Leute, die als akademische Schmod's „bald rechts und bald links schreiben“ nach dem Kopfnicken der Herrschenden. Man lasse uns doch endlich ungeschoren mit den Seiltänzereien einer Statistik, die dem deutschen Michel, der unter der Wucht des Steuerwesens zusammenbricht, vorrechnen will, er sei niedriger besteuert und mit einer leichteren Militärlast begünstigt, als der Franzose oder Brit. Das arbeitende Volk weiß besser, wo es der Schuh drückt, als die Schreibstubegelehrsamkeit. So fällt denn auch Jastrow's gefuchte Beweisführung platt zu Boden. Nun ist bei einem Manne von der Selbständigkeit Jastrow's von vornherein die Annahme ausgeschlossen, als ob er mit seiner Veröffentlichung der Regierung habe einen Liebesdienst erweisen wollen. Wer wie er unter Bismarck unerschrocken das Sozialistengesetz bekämpft und die soziale Politik verfochten hat, ist sicherlich das Gegentheil eines Strebers. Und der zweite Theil seines Druckhefts sagt denn auch den Herrschenden in zusammengebrängter Fassung eine solche Fülle grimmiger Wahrheiten, daß sie trotz alledem denen um Caprivi, Miquel und Verleppich wider den Strich gehen muß. Wird doch hier gezeigt, daß der Militarismus die öffentlichen Mittel gierig auffaugt, daß für Kultur-aufgaben, für Unterricht und Rechtspflege, für die Zwecke der sozialen Reform, der Gewerbe-Inspektion, der öffentlichen Gesundheitspflege u. s. w. so gut wie nichts übrig bleibt. —

Militärdienst und Steindruck. Wozu die Soldaten jetzt benutzt werden, zeigt wieder einmal im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ folgende Bekanntmachung: „Beim unterzeichneten Kommando wird zum Herbst d. J. die Stelle des Druckers frei. Junge Leute, welche an der Steindruckpresse erfahren sind und ihre Militärpflicht bei einem Bezirkskommando ableisten möchten, wollen ihre Gesuche baldigst einreichen. Denselben sind Lebenslauf und Meldeschein zum freiwilligen Eintritt, welcher letzterer beim zuständigen Landratsamt zu beantragen ist, beizufügen. Königlich. Bezirkskommando, Dortmund.“ — Mädchen für alles, Treiber, Steindruck, das sind Nebenberufe der Wehrpflichtigen während der dreijährigen Dienstzeit. —

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte heute die Etatsberatung fort. Eine lange Debatte entspann sie beim Etat der Anstaltungskommission. Der Abg. v. Carlinski meinte: „Die ganze Anstaltungskommission ist nur eine Versorgungsanstalt für bankrotte deutsche Gutsbesitzer“ und beantragte die Ablehnung des Etatpostens. Derselbe wurde jedoch gegen die Stimmen der Polen, des Zentrums und der Freisinnigen angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Etats erledigt. Das Etatsgesetz und das Anleihegesetz wurden genehmigt. —

Herr v. Stephan hat sich in der Postdebatte eine verächtliche Schlappe geholt. Sogar das republikanische Organ der Zechenbarone, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, widmet dem dachtenden Auerhahn-Jäger eine Betrachtung mit der Ueberschrift: Herr v. Stephan's Stern im Erbleichen. Darin heißt es:

Die Art, in welcher der General-Postmeister v. Stephan die Maßnahmen der Postverwaltung gegen den Postassistenten-Verband im Reichstage verteidigte, hat bis tief in die Reihen der Konservativen hinein stark verstimmt. Aus seinen Worten sprach eine Verbitterung und Gehässigkeit, wie sie einem Staatsmanne unter keinen Umständen ansteht. Sicher hat der Verband dem erfolgreichen und rastlos thätigen Leiter unseres Postwesens vielfachen Anlaß zu berechtigter Beschwerde gegeben. In dem Bewußtsein eines warmen Wohlwollens für seine Untergebenen fühlt sich der Staatssekretär v. Stephan durch manche Äußerungen aus dem Lager des Verbandes wohl mit Recht verletzt. Aber im großen und ganzen handelt der Verband in Wahrnehmung berechtigter Interessen und steht dabei vollkommen auf gesetzlichem Boden. Wäre dies nicht der Fall, dann würde er schon längst aufgelöst sein. Gegen einen derartigen Verein mit kleinlichen Mitteln vorzugehen, einzelne Mitglieder durch Strafvorschriften, die als solche nicht kanntlich gemacht, sondern nur als im Interesse des Dienstes liegend bezeichnet werden, ist wahrlich einer großen Verwaltung unwürdig. Damit reizt man einerseits nur den Widerspruch und ruft andererseits eine Unzufriedenheit unter den zahlreichen Postbeamten hervor, die nicht ohne ernste Gefahren ist. Schon jetzt verstärken leider diese Beamtenklassen bei den geheimen Reichstagswahlen die Reihen der Sozialdemokratie. Staatssekretär v. Stephan mag nicht aus persönlicher Geizigkeit gehandelt haben, sondern in dem guten Glauben, damit die notwendige Manneszucht in seinem großen Beamtenheere aufrecht zu erhalten, als er ein scharfes Vorgehen gegen den Verband anordnete. Aber er hat nicht genügend bedacht, daß allzu scharf scharf macht und daß übertriebene Strenge oft einen ganz entgegengesetzten, als den erwarteten Erfolg erzielt.

In der Niederlage können keine „zufällig“ den Postgemaltigen „in die Hände gefallen Briefe“, daran können auch keine Dankschreiben alter Postsekretäre auch nur das Geringste ändern. Nur als heiteres Zwischenpiel in erster Zeit betrachten wir die Bemerkung Fischer's, des Unter-Stephan und Chefs der dritten Abtheilung, der im „Vorwärts“ veröffentlichte Aufruf an die Post-Unterbeamten sei auf der Redaktion entstanden. Er ist gerade so Erzeugniß unserer redaktionellen Thätigkeit, wie die Tugende von vertraulichen Altentstücken, die der „Vorwärts“ aus dem Nachlass der Herren Stephan-Fischer veröffentlicht hat, ohne daß ihre urkundliche Treue jemals angezweifelt worden wäre. Und mag der Fischer, da „das Wasser rauscht“, das Wasser schwoll“, sitzen, sicherlich ist er nicht mehr „fähi bis an's Herz hinan“, und er steht auch nicht „ruhevoll“ nach dem Angel“. Denn unter den Post-Unterbeamten regt es sich, und die Sozialdemokratie erweist auch Stephan's Reich. Wie geht es dem Fischer — bei Goethe?

Sie sprach zu ihm, sie sang zu ihm, Da war's um ihn geschlag'n: Halb zog sie ihn, halb sank er hin, Und ward nicht mehr geseh'n.“

Bessere Agitatoren für die Ausbreitung der Sozialdemokratie unter den Post-Unterbeamten als die „Schneidigen“ Leiter der Reichspost können wir uns nicht wünschen. Und die Herren mögen versichert sein, daß wir fortfahren werden, Herrn Stephan — unangenehm zu sein. —

Den Ultramontanen ins Stammbuch. „Die freie Liebe“, schreibt unser Bruderblatt, die „München-er Post“, scheint nicht von allen Zentrumsleuten gleichmäßig verdammt zu werden. Wir wissen einen vor kurzem in einer Nachwahl gewählten Zentrumsabgeordneten. Derselbe ist verheirathet und vertheidigt Ehe und

Familie mit Eifer gegen die „unstille“ Sozialdemokratie. Aber der Böse verblendete die Sinne des würdigen Mannes und machte, daß er sein Ehegeseß mit einem schönen Mädchen verwechselte und mit selbigem bei seinen Absteuern in die Hauptstadt der süßen Minne plog. Und also geschah es, daß in jener Stadt ein Kindlein geboren ward, für das nun ein Vater gesucht wurde. Aber es entstand um des Mammens willen ein Streit, und die böse Welt hat nun die schönste Aussicht, sich in bald einer pikanten Geschichte ergötzen zu können. Was doch diese — Sozialdemokraten für Ehezerstörer sind! Vielleicht verwertben die Zentrums-Moralisten diesen kleinen Beitrag bei der Debatte über die lex Heinze. —

Gader überall. Im Olpe-Mescheder Reichstags-Wahlkreis ist bekanntlich heller Zwist unter den Ultramontanen entbrannt, drei Zentrums-kandidaten, Böse, Fußangel, Zeppenfeld, werden um das Mandat ringen. Der von den Zentrumsfraktionen des Reichstags und Landtags gebotene Fußangel hat nicht geringe Aussichten auf einen Wahlerfolg: eine Massenversammlung zu Fredeburg hat ihn einstimmig auf den Schild erhoben. Aber auch die Nationalliberalen sind uneinig. Man lese in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ folgende Notiz: „Wie schon mitgeteilt worden ist, wird am Sonntag, den 5. März, Nachmittags 4 1/2 Uhr, in Mülheim a. d. Ruhr in der Restauration „Zum Stockfisch“ eine große Wählerversammlung der nationalliberalen Partei, soll wohl heißen der vereinigten nationalen Parteien stattfinden, in welcher die Ausstellung eines Kandidaten an stelle des verstorbenen Kommerzienraths Wogen erfolgen soll. Die Versammlung wird voraussichtlich sehr interessant werden, da es in Mülheim eine, wie es scheint, nicht kleine Partei giebt, die durchaus in dem Herrn Bürgermeister v. Bod den geeignetsten Kandidaten erblicken will, während von der Parteileitung selbst Herr Landgerichtsrath Schneider in Vorschlag gebracht wird. Angesichts dieser Verhältnisse brauchen wir an die nationalen Wahlmänner wohl kaum die Mahnung zu richten, daß sie zahlreich am Sonntag in Mülheim erscheinen, um ihren Willen kundzugeben.“ —

Antisemiten und Konservative. Wie in Preußen, so in Sachsen: Die Antisemiten sehen sich den Konservativen ins Nest und treiben sie hinaus. Für die Landtagswahlen, die dieses Jahr im Lande der „Gemüthlichkeit“ stattfinden haben, kommen zwanzig Kreise in Frage, die bisher von Konservativen besetzt waren. In allen wollen die Antisemiten Kandidaten aufstellen — zur großen Enttäuschung der regierungstreuen Blümchen-Konservativen, die früher, so lange Bismarck'scher Wind wehte, zwar auch antisemitisch mitgehoben, jetzt aber, da der Wind aus einer anderen Ecke weht, den Mantel gedreht haben und fromm geworden sind. —

Der badische Fabrikinspektionsbericht für 1892 ist der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ verhängnisvoll geworden. Nachdem wir ihre Notiz über diesen Bericht jüngst gebührend beleuchtet hatten, ist sie in sich gegangen und giebt ängstlich und soweit dies mit ihrem Wesen vereinbar ist, der Wahrheit die Ehre. So weit dies mit ihrem Wesen vereinbar ist! Denn so unbestritten auch die sozialpolitische Unwissenheit der „Norddeutschen“ ist, für solch eine Ignoranz halten wir sie nicht, daß sie nicht mehr weiß, was sie früher geschrieben. Wenn sie das heute verleugnet, was sie gestern gefeiert, und den Bismarck kreuzigt, dem einst ihr Hosianna galt, so steht dies auf einem andern Blatt. Jedoch so gedächtnisschwach ist ihre Redaktion nicht, daß sie vergessen haben sollte, wie sie des Oesteren früher den Privatdozenten und Professor Perchner zitiert und besprochen hat. Im übrigen ist es bei gestüteten Leuten die beste Empfehlung, wenn das Organ des Herrn Bindter von dem „bekannten Heinrich Perchner“ spricht. Und sprechen gestütete Leute von dem „bekannten G. F. Bindter“, so ist dies auch — eine Empfehlung. —

Zu den spanischen Kortestwahlen hatten die Sozialisten 31 Kandidaturen aufgestellt. Genosse Iglesias, vom Pariser Kongress her Duzenden unserer Leser persönlich bekannt, war neun Mal aufgestellt. Er ist bekanntlich Schriftseher, und er hat lange Zeit das Organ der spanischen Sozialisten ganz allein hergestellt: geschrieben, gesetzt, gedruckt und obendrein die Expedition besorgt. Dabei ist Iglesias ein glänzender Redner. Gewählt scheint er aber nicht zu sein. —

Der Gesamtausfall der Wahlen ist noch nicht bekannt. Wir wissen bloß, daß das Ministerium die Majorität hat, und daß die Zahl der Republikaner sich verdoppelt hat. —

Aus Portugal wird der „Times“ gemeldet, daß der Finanzminister, der opportunistische Sozialist Fuschini, das Alkohol-Monopol, das durch Dekret vom 5. Juli 1892 einer Gesellschaft übertragen wurde, aufgehoben hat, weil die Gesellschaft sich nicht in gesetzlicher Weise gebildet hatte und den Staat um einen großen Theil seiner Einnahmen brachte. Dieser Schritt des Ministers zeugt, wie die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, von großer Energie. Das meinen auch wir. Fuschini scheint nicht gewillt zu sein, die Diebe öffentlicher Gelder ungestört wirtschaften zu lassen. —

Die politischen Folgen des Panamismus treten in Frankreich immer deutlicher zu Tage. Das Bewußtsein ihrer Korruption und Unwürdigkeit macht die herrschende Bourgeoisie naturgemäß reaktionär. Und so kann es uns nicht Wunder nehmen, daß die französische Kammer gestern mit großer Mehrheit das — im Mai vorigen Jahres von Ravachol apportirte Knebelgesetz endgiltig angenommen hat. Dieses Gesetz giebt der Regierung in zahlreichen Fällen das Recht der vorläufigen Beschlagnahme von Schriften und Zeitungen, und geht noch weit über die berühmtesten Septemberegesetze des Thiers hinaus, die dem Fälscher der Emser Depesche stets als Ideal für Deutschland vorschwebten, und auch heute in Deutschland noch viele Verehrer haben. Jetzt ist ihr Ideal „verdorrt“. Dank Panama. —

Das zweite Referendum, welches am letzten Sonntag in Belgien vorgenommen ward, hat denselben Erfolg gehabt, wie das erste: eine große Majorität für das allgemeine Wahlrecht. Am nächsten Sonntag wird noch ein drittes Referendum gehalten — in solchen Orten, wo es sich vorher nicht einrichten ließ. —

Parteinachrichten.

Der dritte Parteitag für den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb trat dieser Tage in dem am Fuße des Vogelberges gelegenen Wäldchen zusammen. Das Bureau bestand aus den Genossen Dieß, Hanau als erstem Vorsitzenden, Kummel, Bodenheim als zweitem Vorsitzenden und den Genossen Pütz und Wildhirt. Frechenheim als Schriftführern. Betreten waren die Orte Hanau, Bergen, Enkheim, Bischofsheim, Bodenheim, Bruchköbel, Dörnigheim, Eichenheim, Frechenheim, Edenheim, Ginnheim, Groß-Mühlheim, Hochstadt, Kesselstadt, Langendiebach, Mittelbuchen, Freungesheim, Rüdningen, Bieber, Gassen und Büchelbach, Gelnhausen, Heßlein, Hesselndorf, Viehlos, Neuen-Schmiedten, Röhrich, Schlierbach, Udenheim. Später kamen noch mehrere Delegirte anderer Orte hinzu, so daß schließlich im Ganzen 35 Ortschaften vertreten waren.

Zunächst heißt Dieß, Hanau die erschienenen Genossen begrüßt willkommen. Zum dritten Male seit dem Fall des Ausnahmegesetzes sei heute der Parteitag des Wahlkreises Hanau-Gelnhausen-Orb versammelt. Daß die bisherige Arbeit von Erfolg gewesen sei, beweise der zahlreiche Besuch, dessen wir uns heute erfreuten. Auch diesmal würden wir im Interesse unserer großen Sache zur Förderung der sozialdemokratischen, völkerverfeindlichen Bewegung berathen und beschließen, und dann mit neuer Kraft und frischem Muthe hinauszugehen bis in die letzte Ortshaus und neue Kämpfer für des Volkes Freiheit und Recht gewinnen.

Es wird dann eine Geschäftsordnung angenommen, nach der a. a. bei der Abstimmung jeder Ort eine Stimme hat.

Ueber den heftigen Parteitag in Fulda erstattet Stein-Hochstadt Bericht. Der in Betracht kommende Bezirk zieht sich 45 Stunden weit hin und soll von einer Agitationskommission in Rassel bearbeitet werden. Aus dem schwachen Besuch des Fuldaer Parteitages ergebe sich, daß noch wenig erreicht sei. Große Schwierigkeiten würden uns bereitet durch Abtreibung der Säle. Trotzdem mühten wir unausdörllich suchen, an immer mehr Orten Verbindungen anzuknüpfen. Außerdem solle ein Flugblatt über die Arbeitslosigkeit auf gemeinsame Kosten in dem ganzen Bezirk verbreitet, ferner überall, wo es irgend geht, ein Vertrauensmann gewählt werden, um die Agitation am Orte selbst zu leiten. Auch die Beteiligung an den Gewerkschaften sei jedem Genossen zur Pflicht gemacht. Eine längere Debatte habe sich um das Kasseler Parteiorgan gedreht, um es besser zu stellen, da es bedeutende Zuschüsse erfordere. Es liege jetzt ganz besonders mit an den Genossen des Hanauer Wahlkreises, ihre Brüder, die noch nicht eine so starke Bewegung haben, in ihrem Kampfe zu unterstützen. Auch der Vorstand der Gesamtpartei in Berlin solle zur Unterstützung aufgefordert werden. Daß a. a. in den zwei Jahren sei von dem Kasseler Komitee nicht genug geschehen. Die eingegangenen Gelder wären nicht zusammengebracht, damit sie in Rassel liegen blieben. Wir dürften und nicht immer auf Berlin verlassen. Aufgabe des heutigen Parteitages sei es, das Kasseler Komitee zu thatkräftiger Arbeit aufzufordern, und auch den Vertrauensmann des Hanauer Wahlkreises zu beauftragen, die Arbeit des Kasseler Komitees möglichst zu unterstützen. Gräßner-Hanau entwirft alsdann ein Bild der Organisation und Agitation im Wahlkreise. Heute herrsche unter den Genossen ein regerer Zug als je. Selbst in den entlegensten Orten unseres Wahlkreises hätten wir bereits Verbindungen. Fast täglich meldeten sich neue Vorkämpfer für unsere Sache. Versammlungen seien abgehalten und Schriften vertheilt worden an jedem Sonntag. Folgende Anträge sind eingelaufen:

1. Der Parteitag möge beschließen, den Kreis Hanau in mehrere Agitationsbezirke einzutheilen, um so die Agitation besonders in den entfernt liegenden Orten und da, wo noch keine oder wenige Genossen vorhanden sind, besser als bisher betreiben zu können. Die Agitation im Kreise Gelnhausen und Orb wird dem Hanauer Genossen zugewiesen. Jeder Bezirk hat über seine Thätigkeit auf dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten. P. h. Stein-Hochstadt.

2. Jede Vertheilung von Flugchriften, Broschüren u. s. w. ist an den Orten, wo Genossen vorhanden sind, nicht ohne vorherige Besprechung mit den Genossen zur Ausführung zu bringen und zwar aus dem Grunde, weil die Genossen aus der Stadt mit den örtlichen Verhältnissen nicht so vertraut sind und insofern dessen schon unliebame Vorkommnisse zu vermeiden waren. Ferner sind bei einer Reichstagswahl alle Flugchriften und Stimmzettel an die Vertrauensleute zu senden, und diese können, soweit es möglich ist, sie an Orten, an denen keine Vertrauensleute sind, zur Verbreitung bringen. Es würde dadurch einer unnötigen Belastung der Parteikasse vorgebeugt sein. P. a. p. Dörnigheim.

Die Anträge werden nach längerer Debatte einstimmig angenommen. Auf Anregung Schmid's-Hanau werden die zur Durchführung dieser Beschlüsse notwendigen Maßregeln dem Vorstande des Wahlvereins überwiesen. Damit ist ein Zusatzantrag von Opficus-Bodenheim, welcher die ganze Angelegenheit sofort erledigen will, abgelehnt. Schmidt-Freungesheim stellt folgenden Antrag:

„Ich beantrage, um Schwierigkeiten, betreffend Vertheilung von Flugchriften u. s. w. vorzubeugen, eine genaue Bestimmung über die Vertheilung von Flugchriften in unserer Arbeiterzeitung, der „Volkstimme“, zu veröffentlichen.“

Er begründet den Antrag mit den in letzter Zeit gemachten Erfahrungen. Der Antrag wird angenommen.

Bei der Frage Ausstellung einer Kandidatur für die nächste Reichstagswahl weilt Daßbach-Hanau darauf hin, daß unter allen Umständen im Wahlkreise Hanau-Gelnhausen-Orb dieses Jahr eine Neuwahl stattfinden müsse. Denn selbst wenn der Reichstag wegen der Militärvorlage nicht aufgelöst werden sollte, würde doch die Wahl des gegenwärtigen Abgeordneten Dr. Schier wegen der bei derselben vorgekommenen Unregelmäßigkeiten für ungiltig erklärt werden. Unser bisheriger Kandidat Genosse Ad. Ged-Offenburg habe sich bereit erklärt, auch diesmal noch die Kandidatur für unseren Wahlkreis anzunehmen. Für die Zukunft aber werde ihm dies unmöglich sein, da er durch die Agitation in anderen Bezirken zu sehr in Anspruch genommen werde. Wildhirt-Frechenheim begründet folgenden Antrag der Genossen von Frechenheim: Genossen Redakteur Gustav Hoch als Kandidaten für unseren Wahlkreis bei einer event. stattfindenden Reichstagswahl aufzustellen, da unser bisheriger Kandidat Ad. Ged trotz wiederholten Ansehens nicht in die Agitation eintreten konnte und Genosse Hoch jederzeit kampfbereit sich um unsere Sache verdient gemacht und dadurch sich die Sympathie des Proletariats in unserem Kreise im höchsten Maße erworben habe.

Gräßner und Hütter-Hanau sind der Ansicht, daß man den Genossen Hoch aufstellen solle, da ja doch Genosse Ged für später nicht mehr zu haben sei. Zudem liege es auch im Interesse der Agitation, daß der Kandidat in der Nähe sei und stets eingreifen könne. Endlich werde Ged noch in einem anderen, ziemlich sicheren Wahlkreise aufgestellt. Opficus-Bodenheim tritt im Namen der Bodenheimer Genossen dafür ein, daß Genosse Ged wieder aufgestellt werde. Für uns gebe es allerdings keine Klassenunterschiede, man müsse aber damit rechnen, daß unser Hauptkampf gegen die Antisemiten zu führen sei. Hierbei wäre die Kandidatur Ged vortheilhafter für uns als die des Genossen Hoch, da letzterer doch als Jude geboren sei. Genosse Ged habe sich in jeder Weise bewährt, habe sich im höchsten Maße die Liebe der Genossen und die Achtung der Gegner erworben, auf ihn könne man sich jederzeit verlassen, er sei mit jedem Gegner jederzeit fertig geworden. Auch in der Agitation habe er geleistet, was ihm irgend möglich gewesen sei. Stein-Hochstadt: Im

Wahlkreise Hanau sei so oft mit den Kandidaten gewechselt worden. Dies müsse uns in unserer Agitation hinderlich sein. Deshalb sollte die Kandidatur des Genossen Ged solange wie möglich hochgehalten werden. Genosse Hoch würde in dieser Zeit durch weitere Agitation bei uns immer bekannter werden und dann später mit um so größerem Erfolge als Kandidat auftreten können. In demselben Sinne sprachen Loßmeier-Bodenheim und Mohr-Mittelbuchen. Letzterer weist darauf hin, daß Hoch Redakteur der „Volkstimme“ ist. Würde er gewählt werden, so müßte ein weiterer Redakteur ange stellt werden und das wäre die „Volkstimme“ nicht tragen. Wildhirt und Schmidt-Hanau treten für die Kandidatur des Genossen Hoch ein. Daßbach-Hanau: Der Umstand, daß wir jetzt als wichtigste Gegenpartei uns gegenüber die Antisemiten haben, sei in jeder Beziehung für uns vortheilhaft. Er werde aber trotzdem für Ged stimmen und zwar in Konsequenz des Standpunktes, den die Vertrauensmänner seinerzeit eingenommen haben. Nachdem die Debatte geschlossen ist, wird der Antrag Frechenheim mit 24 gegen 9 Stimmen angenommen. Hoch ist mithin als Kandidat gewählt. Auf die Frage, ob er die Kandidatur annehme, erklärt sich dieser für seine Person selbstverständlich bereit. Er sei jedoch den Genossen der benachbarten Kreise als Redakteur verpflichtet und könne deshalb nicht eher eine neue Verpflichtung auf sich nehmen, bis er sich mit den betreffenden Genossen hierüber verständigt habe.

Beim Punkt Partei-Organ weist Gräßner-Hanau auf die Bedeutung der Presse hin und fordert die Genossen auf, die „Volkstimme“ noch mehr als bisher zu unterstützen. Hütter-Hanau schließt sich dem an, wünscht aber, daß mehr Solalnachrichten aus dem Wahlkreise Hanau gebracht werden. Hoch-Frankfurt: Dann müßten auch die Genossen selbst mehr mitarbeiten, und mehr Zuschriften zugehen lassen. Manches könne jedoch auch mit Rücksicht auf die strengen Besetze nicht aufgenommen werden. Hierauf wird eine Pause gemacht und dann hält Hoch-Frankfurt a. M. einen längeren Vortrag über die Zukunftsaussichten der Debatte im Reichstage. Nachdem der Redner unter großem Beifall seinen Vortrag beendet hatte, wurde der Parteitag mit einem begeisterten Hoch auf die internationale, völkerverfeindende Sozialdemokratie geschlossen.

Der wilhelmsliberale Reichstags-Abgeordnete Wiffner, der für den weimarischen Wahlkreis Weida-Kuma gewählt ist, hat, wie die „Neue Tribüne“ mittheilt, in einer Volksversammlung zu Weida erklärt, wenn er durch die Wähler gedrängt werden sollte, gegen die Militärvorlage zu stimmen, so müßte er sein Mandat niederlegen. Eine weitere Volksversammlung, in der unser Genosse Leven aus Gera sprach, hat nun in einer Resolution, die ohne jeden Widerspruch einstimmig angenommen wurde, die Erwartung ausgesprochen, daß der Abgeordnete Wiffner strikte gegen die neue Militärvorlage stimmen werde. Was wird Herr Wiffner nun thun? In den übrigen Orten seines Wahlkreises dürfte die Stimmung der Militärvorlage kaum günstiger sein als in Weida, denn wenn jemals eine Regierungsvorlage das ganze Volk gegen sich gehabt hat, so ist es unweifelhaft diese.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— In den Geschäftsräumen des „Hamburger Echo“ wurde am Montag abends eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Befragt wurde — natürlich wieder erfolglos — nach dem Manuscript der vor geraumer Zeit gedruckten Broschüre: „Gespräche eines Landmanns mit einem Sozialdemokraten“. Auch dem Herausgeber der Broschüre, dem Genossen Feinweber, stattete man den gleichen fruchtlosen Besuch ab. Die Hausdurchsuchung erfolgte auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu Wittingen, die in der Broschüre das Vergehen der Verächtlichmachung von Staatsinstitutionen entdeckt haben soll. Weiter wurden von Hausdurchsuchungen die Elberfelder Genossen Gesehr, Linzweiler, Misenbaum und Grimpe betroffen. Sowohl in deren Wohnungen wie in den Geschäftsräumen der „Freien Presse“ fandente man nach dem Manuscript eines Aufrufs, der in Dannewald verbreitet worden sein soll, und dann noch nach anderen Druckaufträgen. Auch diese Hausdurchsuchungen waren ohne Erfolg.

Soziale Uebersicht.

In die Himmerer Berge und Umgegend.
Die bei dem Eintritt wärmerer Witterung von manchem Kameraden gehegte Hoffnung, endlich, nach monatelangem Feiern weicher Arbeit und Verdienst zu bekommen, ist, wie bekannt, meistens elend zu Schanden geworden. Tag für Tag muß der Familienvater verzweifelt wieder nach Hause kehren, überall, wo er um Arbeit anknüpft, hat er das kategorische Nein! hören müssen und auch für die kommenden Tage bietet sich ihm keine Aussicht, seine elende Lage durch ausreichenden Verdienst aufbessern zu können. Sollte unter solchen Umständen, wo die Unternehmer unbarbarisch jede sich ihnen bietende Gelegenheit zur weiteren Fortablegung der Abnne, zur abermaligen Verlängerung der Arbeitszeit benutzen, selbst dem Widdesten nicht der Gedanke kommen, daß seine tieftraurige Lage nur gebessert werden kann, wenn er vereint mit Seinesgleichen die herrschenden Uebelstände bekämpft? Kameraden! Bedenkt des Verprechens, welches Ihr in den Arbeitslosen-Versammlungen gegeben habt, daß Euer verpändertes Wort ein und schließt Euch, soweit dies noch nicht geschehen, Euren organisirten Kampfgefährten an, um Euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Vorerst richten wir den dringenden Appell an Euch, Kameraden, Mann für Mann in der am Sonntag, den 12. März, Vormittags bei Joel, Andreasstr. 21, stattfindenden Versammlung zu erscheinen und dort die zur Feststellung der Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe herausgegebenen Fragebogen auszufüllen.

Alle Nähere wird durch Hausanschlag und Anzeige am Freitag bekannt gegeben. Den Kameraden diene noch ferner zur Nachricht, daß zum Bezirksvertrauensmann für den Süden des Kamerad August Wirth, Rödenstr. 108, neugewählt und mit dem Vertrieb der Marken zum Generalfonds betraut worden ist. Unsere Verkehrslokale sind bei Biedische, Joßenerstr. 10. und Otto Klein, Schindlerstr. 6.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Die Vertrauensleute.
J. H.: Gräßner, Blumenthalstr. 8.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Am Freitag, den 10. März, Abends 8 1/2 Uhr, findet in Oratowitz's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79, wiederum eine große Versammlung und Geschäfts-Delegirtenversammlung statt. Hier werden die von den Kollegen ausgearbeiteten Tarife entgegen genommen und gebrauchte Formulare zur weiteren Ausfüllung ausgegeben. Wir fordern nochmals diejenigen Kollegen auf, welche formalisierte Tarife ihren Geschäften zugestellt wissen wünschen, in dieser Versammlung zu erscheinen und an der Ausarbeitung derselben mitzuwirken.

Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Die Karl Schreiber'sche Manufaktur in Bodz hat, wie der „Reichs-Anzeiger“ nach einer russischen Quelle meldet, die Arbeitszeit ihrer circa 6000 Arbeiter von 18 Stunden täglich auf 12 Stunden herabgesetzt, ohne den Lohn zu kürzen und ohne die Produktion einzuschränken. Ferner will die Firma Ueberseeabend-Arbeit besonders vergüten. — Sie wird wohl eingesehen haben, daß in 18stündiger Arbeitszeit der Arbeiter erschöpft und deshalb die 12stündige seine Leistungsfähigkeit erhöhen muß.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 8. März.
Opernhaus. Die Rankau.
Schauspielhaus. Vasantafana.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Dora.
Leffing-Theater. Die Orientreise.
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.
Kroll's Theater. Die Nachtwandlerin.
Reichens-Theater. Familie Pont-Biquet.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Neues Theater. Tosca.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Don César.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Der Talisman.
National-Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen, oder: Hero und Leandro.
Alexanderplatz-Theater. Der Trompeter von Säckingen.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Baufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 74. Male:
Modernes Babylon.
Gesangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Nimm + Ode... Martin Bendix)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Castan's
Panoptikum.
Letzte Woche!
Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili,
kleinst. lebend. Elefant d. Welt,
Tal-za-Wunder-Illusionen-Theater.
Grosses Konzert.
Sämtlich ohne Extra-Entree.

Passage-Panopticum.
Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Tom. Belling, Original-August.
Trappo Hugoston, Akrobaten.
Kolling Müller, Wasserläufer.
The Matinos, Gentricks.
Geschw. Taclana, Duettistinnen.
Heinz Bender, Humorist.
Martha Ventura, Kostümbretten.
sowie sämtl. engag. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Circus Renz.

(Raristr.)
Mittwoch, 8. März, Abends 7 1/4 Uhr:
Grosse ausserord. Vorstellung.
Ein Künstlerfest.
Grosse Ausstattung-Vantomime.
Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffekten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenchor.
Grosses Brillant-Feuerwerk.
Auserdem: **Mr. James Mills** mit dem Schulpferde **Germinal.**
Jeu de la rose, ger. v. d. Damen **Jel. Clot. Hager u. Edith. Marietta** und **Belloni** mit ihren dress. Kalabus. Das boxende Känguruh, vorgef. v. d. Clown **Misko**, u.
Morgen, Donnerstag, Abends 7 1/4 Uhr: Gr. Vorstellung mit neuem Progr. u. **Ein Künstlerfest.**
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstrasse 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Koppel-Sänger
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von **Pakenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.

Hiermit empfehle ich meine in Friedrichshagen, Friedrichstr. 123, neu errichtete
Weissbier-Brauerei
nebst Ausschank
allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Berücksichtigung. Versandt in Gebinden und Flaschen jederzeit.
3807L*
August Kapell.

Feen-Palast.

Heute, Mittwoch, den 8. März:

Entscheidungs-Ringkampf

zwischen dem Griechen
Mr. Antonio Pierri
und
Hrn. Richard Nogat.

NB. Da dieser Entscheidungs-Ringkampf ein sehr interessanter zu werden verspricht, und voraussichtlich lange dauern wird, so beginnt derselbe
präzise 10 Uhr Abends.
Vorher: **Spezialitäten-Vorstellung.** Anfang 1/8 Uhr.
Passepartouts und Freibillets haben an diesem Abend keine Gültigkeit.

Man kaufe nur
Halt! Kinder-Wagen Finger weg!
mit **Naether's**
klemmsicheren Verdeckstangen!
Naether's Fabriklager nicht zu verwechseln mit anderen, meinen Text kopirenden Firmen!
W., Friedrichstr. 72. (146M)
Größtes Lager (bereits seit 1882) **der Residenz!**

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Buchbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Berlin S.O.,
Franz Tutzauer, Köpnickstr. 25.
J. Semmel, pratt. Zahnarzt, Oranienstr. 55 (Moritzplatz).
Sprechst. werktägl. 8-6, Sonntags 9-1.
Empfehle den Genossen meine **Glaserie** und **Bildereinrahmung.**
Lager sozial. Sinnprüche u. Bilder zu soliden Preisen.
3678L*
Carl Scholz, Wrangelstr. 32.

Juliesam verspätet!

Unserm Pfropfenkontrolleur **Ernst Schaarschmidt** zu seinem am 7. d. M. stattgefundenen Biengenfest ein dreimal donnerndes Hoch!
1684b
Pfropfenverein Wedding.
Ra Ernst, Du weisst, was wir leisten!
Johannes Hupka, Blumenthalstr. 12, ein Hoch zum heutigen Biengenfest.
Die Kolonne.
Frank- u. Sterbe-Hinterlassungskasse der Berliner Hausdiener.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Bruno Bauer
plötzlich verstorben ist. Beerdigung Mittwoch, den 8. d. M., Nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Huppinerstr. 40, aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Bergstrasse.
Um rege Beteiligung bittet
1691b
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder und Schwager, der Restaurateur
Hermann Schwietzke
nach kurzem Krankenlager am Sonntag Abend 7 1/4 Uhr sanft entschlafen ist.
Die tiefbetrübte Witwe
M. Schwietzke, geb. Kuhl, nebst Verwandten.
Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Jerusalemer Kirchhofs in der Bergmannstrasse statt.
1693b

Danksagung.
Allen Freunden u. Bekannten, sowie dem Gesangsverein „**Hammergrün**“ für die lebhafteste Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau meinen tiefgefühlten Dank!
1695b
Der tiefbetrübte Gatte
C. Mah nebst Kindern.

Allen Genossen empfehle mein
Blumengeschäft nebst **Kranzbinderei.**
A. Krause,
5708E*
Wienerstrasse Nr. 11.

Haugk's Bierhaus.
Neu eröffnet: Gräner Weg 61, nahe dem Köpplinger Platz. — Alle Freunde und Bekannte lade ganz ergebenst ein.
3803E*
W. Haugk.
Jeden Mittwoch 1693b
frische Grützwurst
C. Laaske, Schlächterstr., Oranienstr. 2a.

Für Vereine!

Großes und kleines Vereinszimmer, extra Eingang, jeden Tag frei; passend für Zahlstellen und Arbeitsnachweise. Auch empfehle **Mittag- u. Abendstisch** bei soliden Preisen. Gute Weisse 20, gutes Glas Bier 10 Pf.
3802E*
Hermann Liwald, Manteuffelstr. 48, dicht an Oranienstr. bezw. Salzherrstr.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 9. März, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn **Philipp, Rosenthalerstr. 38:**
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Richard Fischer.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins u. Umgegend

am Donnerstag, den 9. März, Abends 6 Uhr,
im Saale des Herrn **Joël, Andreas-Strasse No. 21.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Molkenbuhr** über: Die wirtschaftlichen Krisen.
2. Die Verlängerung der Arbeitszeit in der Firma **Burg** (Gennigsdorf-Berlin).
3. Neuwahl eines Vertrauensmannes. 1648b*
4. Gewerkschaftliches.
Um zahlreichen Besuch der Kollegen zu dieser Versammlung ersucht
(Siehe Säulenanschlag am Mittwoch.)
C. Thieme.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen aus Schlesien

Donnerstag, den 9. März, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Brochnow, Sebastiansstr. 39.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Adler** über: Sozialistische Bilder aus Schlesien.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches beisammensein mit Tanz.**
Auch Nichtschlesier herzlich willkommen.
368/9
Der Einberufer.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Versind und Umgegend.
Donnerstag, den 9. März, Abends 8 1/2 Uhr:
Große Bezirks-Versammlung für den Osten
im Restaurant **Königsbank, Große Frankfurterstr. 117.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Robert Schmidt** über das Thema: „Warum sind die Arbeiter mit ihrer Lage unzufrieden?“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Achtung, Wilmersdorf! Große öffentliche Volks-Versammlung

Sonnabend, den 11. März, im **Viktoria-Garten,** bei Herrn **Fröbel.**
Vortrag des Herrn **Stüve** über: Die Cholera in Hamburg mit Benutzung von 40 Lichtbildern.
842/1
Entree 10 Pf.
Der Einberufer.

Achtung, Sattler!!!

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
der Orts-Krankenkasse der Sattler in Berlin
Sonntag, den 12. März cr.,
vormittags 10 Uhr,
in den **Arminhallen** (oberer Saal),
Kommandantenstrasse 20.
Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zur Delegirtenwahl. 2. Verschiedenes. — Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht
1690b
Der Vorstand. J. A.:
W. Erdmann, Vorf., O. Willers, Schriftf.

Grosse öffentl. Versammlung

sämmtlicher in der
Schirmbranche beschäft. Arbeiter
und Arbeiterinnen
bei **Ehrenberg** (fr. Reiner, Annenstr. 16).
Tagesordnung: 1. Mißstände in der Schirmindustrie. Ref.: **Fräulein Ottilie Baader.** 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegirten zur Streit-Kontroll-Kommission. 4. Bericht des Delegirten der im Bürgerhaale des Rathhauses stattgefundenen Besprechung über die Arbeitslosen-Statistik der Gewerkschaften. 5. Verschiedenes.
Die Herren Fabrikanten sind hierzu besonders eingeladen.
Die Agitations-Kommission.
NB. Am 28. März findet für alle in der Branche Beschäftigten ein Familien-Vergnügen im Conisensstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, statt.
1696b
D. D.

Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter.

Generalversammlung
der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber
am **Donnerstag, den 16. März,**
Abends 7 1/2 Uhr. 1688b
Alte Jakobstr. 75.
Tagesordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1892 nebst Bericht der Revisoren. 2. Beschlußfassung über mehrere vom Bezirksausschuß für notwendig gehaltene Änderungen des revidirten Kassenstatuts. **Der Vorstand.**
* Ich warne Jeden, meiner Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **Franz Köhler.**

Elegante Einsegnungs-Runge

in Jaquet-Façon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen
von 15 M. an
Julius Lindenbaum,
Berlin O., Frankfurterstr. 139.

T. M. Retzlaff, Gräbenstr. 6 (Zanowibridge).

Betten-, Bettfedern- und Damen-Handlung
En gros. En detail.
Spezialität:
Mitado-Federn und Daunen.
Zweijahrig gestattet!
Bettenreinigung
mit Dampftrieb.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 3561L
S. F. Dinlage,
Kottbusserstr. 4, Hof part.

Arbeitsmarkt.

Ein Klemperger, welcher selbst Bade-wannen fertigen kann, wird verl. Udr. unt. L. 4 abzug. in d. Exp. 1694b
Ein tüchtiger 3805E*
Schweizerdegen
(Parteigenosse), der eine Druckerei selbständig zu leiten versteht, wird sofort gesucht. Offert. mit Gehaltsansprüchen werden erbeten von der Exp. der „**Trübüne**“, Erfurt, Gartenstr. 7.

Goldleisten.

Tücht. Belegerinnen sind bei hoch. Lohn dauernde Beschäftig. Köpnickstr. 109a.

Handwerker

oder strebsame Angehörige jeden anderen Standes finden bei einiger Thätigkeit sehr lohnenden Nebenverdienst durch Nachweis solider Lebens-, Kinder- und Sterbefallen-Versicherungen. 182M*
Oberleit. einzureichen sub J. C. 7659 an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 7. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathliche: Graf v. Caprivi, Hollmann, Rößler.

Auf der Tagesordnung steht die Verathung des Marine-Etats.

Vom Ordinariat der Ausgaben wird das Kapitel „Marine-Kabinett und Oberkommando“ ohne Debatte bewilligt. Beim Kapitel „Reichsmarine-Amt“, Titel 1, „Staatssekretär 24 000 M.“, führt

Abg. v. Henk (Df.) aus, daß auf der linken Seite das frühere Wohlwollen für die Marine neuerdings bedenklich erlaltet sei, daß das Argument, unsere Marine habe keinen Verzug zur Offensive, sie müsse sich auf die Küstenverteidigung beschränken, auf dieser Seite immer mehr Boden zu gewinnen scheine. Das sei für die Marine, die jüngere Schwester der Armee, sehr bedauerlich. Der bloße Küstenschutz genüge nicht, namentlich, wenn man nun auch noch die neu geforderte Marine-Artillerie-Kompagnie ablehne. Unsere Flotte müsse zu Offensivkräften die Kraft haben, dazu brauche sie Schlachtschiffe. Da der Bau von großen Schlachtschiffen mindestens 4 Jahre dauere, müsse man rechtzeitig bewilligen, ehe es zu spät sei. Auch die Trockendocks, welche die Kommission abgelehnt habe, müßten bewilligt werden, um die Dispositionen der Marineverwaltung nicht zu stören.

Der Titel wird bewilligt. Die Bewilligung der Kapitel „Seewart und Stations-Intendanturen“ wird ohne Debatte beschlossen.

Beim Kapitel „Rechtspflege“ ist im Etatsentwurf ein sechster Auditor gefordert für die Mandatrolle. Die Kommission hat die Forderung abgelehnt und den Mehrbetrag von 4050 M. gestrichen. Ohne Debatte wird der Kommissionsvorschlag angenommen, im übrigen das Kapitel genehmigt; desgleichen ohne Debatte das Kapitel „Seeförderung und Garnisonsschulwesen“. Im Kapitel „Geldverwaltung der Marine“ sind 2 Maschinen-Oberingenieure à 8000 M. mehr gefordert. Die Kommission hat nur eine dieser Stellen bewilligt. Das Haus tritt dem Kommissionsvorschlag ohne Debatte bei. Beim Titel „Verdivisions-, Maschinenpersonal“ ist für 192 Deckoffiziere (bisher 175) das Gehalt mit à 1500 M. ausgeworfen. Die im vorigen Jahre vorgelegte Denkschrift nahm nur eine Vermehrung um 5 Stellen, also auf 180 in Aussicht. Die Kommission hat demgemäß die darüber hinaus verlangten 12 Stellen abgelehnt und beantragt deren Streichung. Auch hier wird dem Antrage durch den Reichstag ohne Diskussion entsprochen.

Bei den „Matrosen-Artillerie-Abteilungen“ wird eine Vermehrung von 162 Stellen und eine Erhöhung des Etats um 49 784 M. verlangt und zwar zur Besetzung für die Befestigungen in Kurhagen; in einzelnen soll die Vermehrung sich wie folgt zusammensetzen: 1 Ober-Deckoffizier, 1 Deckoffizier, 1 Feldwebel, 1 Bizefeldwebel, 6 Obermaaten, 11 Maaten, 28 Gemeine mit Ober-Matrosenrang und 113 Gemeine. Die Kommission hat diese Mehrforderung abgelehnt; ein Antrag Dahn und Genossen empfiehlt die unveränderte Bewilligung des Etatsantrages. Die Kommission hat der Vermehrung der Marinetruppen widerstrebt, welche in der Bewilligung liegt und hält dafür, daß die Fußartillerie für die Besetzung das nöthige Personal liefern könne.

Staatssekretär Hollmann: Innerhalb der Kommission waren wohl alle Mitglieder davon durchdrungen, daß es so, wie es ist, in Kurhagen nicht bleiben kann. Es fehlt durchaus die artilleristische Besetzung dieser Befestigung, für welche der Reichstag mit großer Munizität die Mittel bewilligt hat. Die Befestigungen sind zum großen Theile fertig, die unterseeische Verteidigung ist vollendet; es fehlt die genügende Besatzungsmannschaft. Bis Januar dieses Jahres war überhaupt noch keine Besatzung da. Im Januar wurde durch allerhöchste Verfügung eine Minenkompanie von Bremerhaven dorthin verlegt; sie kann aber nur für die unterseeische Verteidigung Verwendung finden. Wenn man meint, es könne die Besetzung der Armee überlassen werden, so ist das gar nicht thunlich; denn die Befestigungen an der Elbe und Weser sind seiner Zeit ausdrücklich der Marine übertragen worden, und zwar unter Mitwirkung und Billigung des Reichstags. Die Marine muß für diese Befestigungen eintreten und ist verantwortlich dafür. Wir müssen also besonderen Werth auf diese Bewilligung legen. Die Denkschrift hat sich auf die Vermehrung der Artillerie des Seebataillons überhaupt nicht bezogen, sondern hatte nur die Vermehrung des zur Einschiffung bestimmten Personals im Auge.

Abg. von Henk empfiehlt nochmals die volle Bewilligung; die Militärverwaltung könne für diesen Zweck keine Fußartillerie entsenden.

Abg. Scipio (nll.) hält Fußartillerie auch nicht für geeignet, diese Befestigungen zu besetzen und tritt dem Antrage Dahn bei.

Abg. Pingens (Z.) ist der Meinung, daß wie die Dinge liegen, nichts übrig bleibe, als die Forderung im ganzen zu bewilligen.

In der Abstimmung wird nach Probe und Gegenprobe bei einem von nur etwa 75 Mitgliedern besetzten Saale die Position gemäß dem Antrage der Konservativen unverändert bewilligt. Für die Bewilligung stimmen außer der Rechten, den Polen und Nationalliberalen nur etwa 4 oder 5 Mitglieder des Centrums. Die übrigen von der geforderten Verweigerung beeinflussten Titel dieses Kapitels werden den Etatsanträgen entsprechend bewilligt.

Beim Kapitel „Betrieb der Flotte“ 10 287 175 M. hat die Kommission im ganzen 535 000 M. abgesetzt. Im vorigen Jahre wurde die geforderte Vermehrung der Indiensthaltung der Kriegsschiffe gestrichen. Diesmal hat die Kommission mit Rücksicht auf die neu vom Stapel gelassenen Schiffe einerseits und die allgemeine Finanzlage andererseits sich darauf beschränkt, etwa die Hälfte der geforderten Mehrbewilligung zu streichen und der Verwaltung zu überlassen, die Indiensthaltung, die im übrigen Kommando-fache sei, innerhalb des Rahmens der bewilligten Mittel zu halten. Abgesetzt sind 150 000 M. von dem Titel „Zulagen 2 263 066 M.“, 200 000 M. von dem Titel „Schiffsverpflegung 3 394 100 M.“, 180 000 M. von dem Titel „Kosten der verbrauchten Betriebsmaterialien 4 397 730 M.“, 5000 M. von dem Titel „Verschiedene Ausgaben 192 279 M.“ Nach den Mittheilungen des Referenten Abg. Fritzen-Düffeldorf ist bei diesem Kapitel in der Kommission auch die Kohlenfrage zur Erörterung gekommen. Während man im preussischen Abgeordnetenhaus über den Ankauf von englischen Kohlen durch das Marineamt großen Lärm geschlagen habe, sei die Budgetkommission des Reichstags zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Marineverwaltung, welcher ganz unverhältnismäßig hohe Preise von der westfälischen Zechenkoalition abgefordert worden seien, im nationalen und wirtschaftlichen Interesse Recht daran gehen hätte, englische Kohle zu beziehen. Die Kommission hat ausdrücklich beschlossen, insofern dieser Erörterungen dem Reichstage folgende Resolution vorzuschlagen:

„Der Reichstag wolle beschließen zu erklären, daß die Marineverwaltung bei dem in der übergebenen Denkschrift geschilderten Bezug von Kohlen den gebotenen finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten entsprechend gehandelt hat.“

Abg. Hammacher (nll.): Es ist zuzugeben, daß bei der Marineverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenausfuhrsyndikat unangemessene Preise gefordert. Den Thatfachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 M. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndikat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 M. gespart hat. Das war ein zureichender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die westfälischen Gruben überhaupt nicht zugezogen, sondern nur englische, und das ist nach meiner Meinung nicht richtig. Als man in Westfalen davon erfuhr, bot man eiligst noch Kohle zu 9 bzw. 8 M. an; diese Offerte muß aber hier in Berlin zu spät angekommen sein. Hätte man in diesem Falle westfälische Kohle verwendet, so hätte sich die Differenz auf 4—5000 M. verringert. Bei einer so geringen Differenz können die englischen Kohlen doch wohl eine Bevorzugung nicht mehr erfahren. Es kommt mir hier vor allem darauf an, die Loyalität der westfälischen Grubenbesitzer zu betonen. Die Herabminderung der Preisforderung durch den Ausfuhrverein hat nicht den harten Tadel verdient, welchen sie erfährt, und nicht das Mißtrauen, auf welches sie seitdem getroffen ist. Die inländischen Betriebe werden es sich immer zur Ehre rechnen, die Bedürfnisse der Verwaltung zu befriedigen. Nur der Schein spricht gegen ihre Loyalität. Die Fracht von England nach Kiel beträgt ja nur 5 M., der Transport von Westfalen nach Kiel 8,50 M. Von einer Verreicherungsabsicht der Industriellen kann also nicht die Rede sein; der Preis von 9 M. ist kein Preis, an dem noch nennenswerth verdient werden kann. Um die Kohle für die Marine lieferbar zu gewinnen, muß das dreifache Quantum gefördert werden.

Staatssekretär Hollmann: An keiner Stelle wird die Marine durch Abstriche so empfindlich getroffen, wie gerade an dieser. Im laufenden Jahre hatten wir mit derselben Summe für Indiensthaltung zu rechnen wie im Jahre vorher, weil der schon erwähnte Abstrich erfolgt war. Deshalb erscheinen diesmal die Mehrforderungen doppelt so hoch als sie sonst erscheinen würden. In der Hauptsache vertheilen sich die Mehrforderungen auf 7 Schiffe für die drei Ausbildungszweige der Kadetten-, Schul- und Artillerieschiffe. Die Kadetten müssen, wie die Erfahrung lehrt, in Zukunft nicht mehr 6, sondern 12 Monate an Bord bleiben; für die Schiffs-jungen gilt dasselbe. Beide Maßnahmen erfordern vermehrte Indienststellung. Wir brauchen ferner nothwendig zur Ausbildung der Mannschaften ein zweites Artillerieschiff. Es soll endlich im laufenden Sommer noch eine dritte Torpedoboot-Division in Dienst gestellt werden. Für die Flottenführung ist es zur Zeit der Manöver von großer Bedeutung, zahlreiche Torpedoboote zur Verfügung zu haben. Das Oberkommando hat drei Divisionen als das allergeringste erklärt. Unsere Forderungen sind sehr bescheiden, sie sorgen nur für das allernothwendigste. In der russischen Marine wird für diese Zwecke das Vierfache aufgewendet. — Die Kohlenfrage hätte ich hier nicht nochmals zur Sprache gebracht, wenn nicht Herr Hammacher darauf zurückgekommen wäre. Ursache zum Schweigen hatte aber nicht die Marine, sondern die Kohlenwerke. Die Verwaltung hat die Benugthuung in der Kommission erhalten, daß man ihre Haltung nahezu bedingungslos gebilligt hat. Die Marine hatte zwei Offerten erhalten, zu 12,50 M. und 12 M. Bei der letzteren brachen wir die Verhandlungen ab; da kam am 20. Oktober die dritte Offerte von 9 M. Die Zechen hatten sich trotz unserer Aufforderung nicht herbeigelassen, einzelne Offerten abzugeben, sie gaben ihr Angebot ab durch den Kohlen-Ausfuhrverein, wie er sich uns gegenüber genannt hat. Selbst wenn bei der Sechsten-Submission die Offerte früher als am 20. Oktober gemacht wäre, hätte die Marineverwaltung sich nicht mehr daran binden können, da die Sache bereits erledigt war. Ein Preisabschlag von 3 1/2 M. von 12,50 auf 9 M., erfolgte also innerhalb eines halben Jahres. Die westfälische Kohle wurde also Jechen in Hamburg mit 9,40—9,90 bezahlt (Hört! Hört! links), später 8,40, also ein Preisrückgang nur um 1,50, nicht um 3,50 M. Eine Zuschlagsvertheilung für 12,50 hätte die Reichsfinanzen ganz beträchtlich geschädigt; denn wir brauchen etwa 80 000 Tonnen Kohlen, hätten also rund 300 000 M. zugegeben, welche wir besser anderswo verwenden, um so mehr, als ja der Marine der Preis hoch hängt, wie die Verhandlung hier zeigt. Die westfälischen Kohlenwerke sind ja allerdings gezwungen, nach Hamburg billiger zu verkaufen, weil sie dort mit England konkurriren. Nicht überall ist übrigens so ruhig und sachlich geurtheilt worden, wie vom Abg. Hammacher; in der Presse und im preussischen Abgeordnetenhaus ist die Marineverwaltung aufs Heftigste angegriffen worden, man hat sie der Preisgebung nationaler Interessen beschuldigt. Wenn aber diese nationalen Interessen dahin gehen, der Marine die Kohle zu vertheuern, so kann man ihr nicht ohne weiteres diesen Vorwurf machen. (Sehr richtig! links).

Abg. Bebel (So.): Ich weiß nicht, wie die Majorität über diese Sache denkt; was mich betrifft, so erkläre ich: Herr Hammacher hätte ebenso gut den Versuch machen können, einen Mohren weiß zu waschen, als in diesem Falle die Loyalität der westfälischen Kohlenbesitzer zu rechtfertigen. Das Verfahren der Marineverwaltung in diesem Falle ist unansehnlich. Sie hat Alles gethan, was in ihren Kräften stand, um mit den westfälischen Kohlenzechen-Besitzern zu einem befriedigenden Resultat zu kommen. Schuld sind nur die westfälischen Zechen. Ganz gegen ihre Gewohnheit hat die Verwaltung zweimal die Zechen zum Angebot aufgefordert; erst als sie sah, daß mit diesen fest vereinigten Herren keine Vereinbarung möglich sei, sah sie sich anderweit um. Herr Hammacher versichert hoch und theuer, daß der Kohlenausfuhrverein nach dem Auslande mit Schaden verkaufen müsse. Ja, dieser Verein hat auch nur den Zweck, nach dem Auslande die überschüssige Produktion zu Schleuderpreisen zu verkaufen, um im Inlande die Preise möglichst zu treiben. Erst nachdem die Herren in Westfalen merkten, daß die Verwaltung entschlossen war, ihre Bestellungen im Auslande zu machen, sahen sie sich veranlaßt, einen Preis zu fordern, der unverhältnismäßig billiger war. Passirt das im Privatleben, so wird einem Kaufmann, der so verführe, das Prädikat recht nicht mehr verliehen. (Sehr richtig! links.) Herr Hammacher meint, es sei Ehrensache für die Zechen, den Anforderungen der Verwaltung zu genügen. Ja wohl, wenn ein gutes Geschäft dabei zu machen ist! Ob die Kohlenzechen-Besitzer mit den heutigen Erörterungen sehr zufrieden sein werden, ist mir doch zweifelhaft. Bisher gab es ja nur einen Kohlen-Ausfuhr-Verein. Jetzt ist auch das Kohlenverkaufs-Syndikat gebildet, welches die Preise in weit höherem Grade als bisher hoch zu halten in der Lage ist. Diese Vereinigung wird doch auch die Staats- und Reichsverwaltungen mit ihren hohen Preisen beglücken wollen. Gerade diese Verwaltungen sind aber berufen, diesen Machinationen entgegenzutreten; der Privatmann ist dagegen hilflos. Wenn es dem Syndikat gelingt, hohe Kohlenpreise aufrecht zu erhalten, dann wird die Industrie dadurch kolossal geschädigt werden und nicht mehr auf dem Weltmarkt konkurriren können. Die Arbeiter haben dann den Schaden. Es wird immer so dargestellt,

als ob die Kohlenzechen-Besitzer bei ihrem Vorgehen das Interesse der Arbeiter im Auge hätten; die Arbeiter schiebt man vor und die Aktionäre meint man. (Sehr richtig! links.) Die Hauptaufgabe ist dabei immer, möglichst hohe Profite für die Aktionäre herauszuschlagen, die Arbeiter müssen die Kosten bezahlen. Gelingt es den Herren, eine Beschränkung der Produktion herbeizuführen, dann werden Tausende von Arbeitern durch die künstliche Regulierung der Produktion auf die Straße gesetzt; diese drücken dann beständig auf die Höhe der Löhne, und die Unternehmer haben den alleinigen Nutzen. Es wird die Frage entstehen: wenn, dem Vorgehen des Kohlen-Syndikats folgend, auch andere Großindustrien den gleichen Weg einschlagen, ob dann Staat, Reich und Gesetzgebung sich ein solches Vorgehen gefallen lassen können. Es stehen hier höhere Interessen als die dieser Kapitalistenvereinigungen auf dem Spiele. Was bisher diese Unternehmer gethan haben, ist zum Schaden der Allgemeinheit ausgeschlagen. Der preussische Staat ist doch durch seinen großen Besitz an gewerblichen Betrieben auf's Stärkste an der Sache interessiert; aber bisher hat er sich nicht abwehrend verhalten, sondern, wie bei den Kalifalzwerthen, sich dem Syndikat angeschlossen, um auch etwas von den höheren Preisen zu profitieren. Der Reichstag muß möglichst einstimmig die Resolution annehmen und aussprechen, daß die Marineverwaltung durchaus korrekt gehandelt hat.

Abg. Hammacher: Auch der Vorredner ist doch der Meinung, daß, wenn es sich um geringe Preisunterschiede handelt, dann die inländische Produktion den Vorzug verdient. Nur dieses habe ich gefordert. Ich billige, daß die Verwaltung die hohen Preise nicht angenommen hat. Ladelnwerth aber bleibt, daß man die deutschen Zechen bei der September-Submission überhaupt nicht heranzog; es waren die Kohlenpreise sehr heftig inzwischen heruntergegangen. Die Kohlenpreise in Hamburg, die der Staatssekretär anführt, betreffen nicht dieselbe Qualität Kohle; doppelt gestiebte Stückkohle brauchen die Hamburger Kchereien nicht. Noch heute sind 12,50 M. für solche Kohlen in Westfalen kein überhoher Preis. Wenn Herr Bebel noch immer nicht glauben will, daß die Arbeitgeber neben dem Interesse für ihren Betrieb auch ein Interesse für ihre Arbeiter haben, so kann ich ihm nicht helfen; für ihn ist es einfach unmöglich, sich einen solchen Arbeitgeber zu denken.

Abg. Graf Ranitz (Df.): Jedenfalls muß unsere Verwaltung in- und Ausland gleichmäßig berücksichtigen. Nicht richtig ist aber, daß ein Preisrückgang der Kohle von 3 1/2 M. im Jahre 1892 binnen wenigen Monaten stattgefunden hat (Widerpruch des Abg. Hammacher); von einem Preise von 12 1/2 M. war 1892 auch bei doppelt gestiebter Stückkohle keine Rede. Das Kohlen-Syndikat schon jetzt zu verurtheilen, ist verfrüht. Es wird erst abzuwarten sein, ob es dieselbe Praxis verfolgen will, wie die Kohlen-Verkaufsvereine und das Kohlen-Syndikat sie zum Schaden des deutschen Volkes betrieben haben. Mit einem Kohlen-Verkaufsverein hätte doch die Verwaltung überhaupt nicht verhandeln können, wenn es sich um eine Submission handelte. Es muß allerdings sehr befremden, wenn dabei von allen Zechen gleich hohe Preise gefordert werden. Die Zustände auf dem Kohlenmarkt sprechen der Theorie von Angebot und Nachfrage geradezu Hohn. Wenn das Kohlen-Syndikat hier Wandel schafft, wenn es sich einer soliden Praxis befleißigt, wenn es ausgleichend wirkt, dann soll es uns willkommen sein. (Beifall rechts).

Staatssekretär Hollmann: Wir hatten eine allgemeine Submission ausgeschrieben, zu welcher sich einige schlesische, einige westfälische Zechen und auch dieser Ausfuhrverein gemeldet hatten. Bei der zweiten Submission forderten wir die einzelnen Zechen auf, uns direkt Angebote zu machen und nicht durch den Ausfuhrverein. Das ist uns aber nicht gelungen. Wahrscheinlich sind die Zechen irgendwie verträglich gebunden. Ich bin außerdem ganz fest überzeugt, daß die Packetschiff-Gesellschaft und der Norddeutsche Lloyd keine schlechteren Kohlen nehmen, als die Marine verbraucht. Die beschüglichen Ausführungen des Abg. Hammacher treffen also nicht zu.

Abg. Brömel (Df.): Herr Graf Ranitz spricht über das Kohlen-Syndikat allerlei fromme Wünsche aus. Ich theile sie in vollem Maße; aber viel größere Garantie bietet mir doch das Verfahren der Marineverwaltung. Dies bürgt dafür, daß wir wahrscheinlich vor Preistreibern bewahrt bleiben werden. Darin liegt die Bedeutung der heutigen Debatte und der vorgeschlagenen Resolution. Ueber keine Preisdifferenzen soll, so ist die allgemeine Meinung, hinweggegangen werden. Aber darin hat Graf Ranitz unzweifelhaft Recht, daß von dem ungeheuren Preisabstich von 3,50 M. thatsächlich nicht die Rede gewesen ist. Es handelt sich ganz einfach um eine große Uebertheuerung. Dafür, daß die Verwaltung zuletzt nur noch an englische Firmen herantrat, ist sie nicht zu tadeln, sondern nur zu loben. Sehr erfreulich ist es, daß die große Mehrheit des Reichstages keinen Zweifel darüber lassen will, daß sie solche Preistreiberien in keinem Falle gut heißt.

Abg. Graf Ranitz: Dem neuen Kohlen-Syndikat Rebe ich nicht mit Vertrauen, sondern lediglich abwartend gegenüber.

Abg. Bebel: Es war sehr gut, daß Graf Ranitz diese Aeußerung noch einmal gethan hat. Seine vorherigen Ausführungen ließen die Deutung zu, daß er ganz gegen seine frühere Haltung den Kohlenverkaufs-Vereinen freundlich gegenübersteht. Ich kann mich in den Fortgang eines Unternehmers sehr wohl hineinfinden, denn ich war sowohl lange Jahre Arbeiter als auch Unternehmer. Wenn ein Kohlenzechen-Besitzer für die Arbeiter sorgen muß, so muß er es, weil er nicht zulassen kann, daß sein Betrieb auch nur einen Tag still steht. Wollten die Zechen wirklich für ihre Arbeiter sorgen, so hätten sie angemessene Preise schon bei der ersten Submission stellen müssen. Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird nach den Anträgen der Kommission bewilligt, die Summe von 535 000 M. abgesetzt. Die Resolution wird mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Die Kapitel „Natural-Verpflegung, Belleidung, Sanitäts-Verwaltungs- und Serviswesen, Sanitätswesen, Reise-, Marsch- und Frachtkosten, Bildungswesen“, werden ohne Debatte nach den Anträgen der Kommission genehmigt.

Beim Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werftanlagen“ konstatirt

Abg. Pirsch (Df.) mit Befriedigung, daß bei künftiger Annahme von Arbeitern nicht auf das Alter, sondern auf die Leistungsfähigkeit gesehen werden soll, während bisher über 40 Jahre alte Arbeiter überhaupt nicht angenommen wurden. Redner wünscht aber, daß die ganze Vorchrift, Arbeiter über 40 Jahre in der Regel nicht anzunehmen, aufgehoben werde. Es sei doch nicht zu billigen, daß man die Arbeiter bis an ihr Lebensende zum Steuerzahlen zwingt und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit des ehrlichen Erwerbes nimmt. (Sehr richtig! links.) Endlich bittet Redner um die Mitwirkung der Marineverwaltung bei der Herstellung der Arbeiterstatistik. Aus den vorhandenen Listen bei der Werftverwaltung ließe sich doch mit Leichtigkeit manches über die Löhne, die Arbeitszeit, die Arbeitslosigkeit etc. zusammenstellen. Ein solcher Beitrag zur Arbeiterstatistik würde sehr werthvoll sein. Im Widerspruch mit dem Verfahren auf den deutschen Werften stehe ein Fall, den zwar die Petitionskommission für ungeeignet zur Erörterung erklärt habe, der aber dem Reich-

tage vorgeführt werden müsse. Der jetzt 76 Jahre alte Invalide Köbler hat 18 Jahre auf der Werk gebient und hat Altersrente bekommen in Höhe von 15,95 M. Mit Rücksicht auf diese Altersrente ist dem Mann die Invalidentrente um den gleichen Betrag gekürzt worden, so daß ihm von dieser nur noch 7 M. bleiben. Diese Unbilligkeit werde diesem alten Mann gegenüber zur größten Härte. Zu diesem Abzuge im vollen Betrage eine Verpflichtung nicht vor, es sei nirgend im Besonderen gesagt, daß der Betreffende seine ganze Invalidentrente einbüßen müsse, der in diesem Falle besonders schwer getroffen werde, da der Invalide ein Auge ganz verloren habe und auch auf dem anderen kaum noch sehen könne. Es mag ja sein, daß die Verhältnisse so wie vorgetragen sind und ist die Verwaltung in der Lage, eine wirklich vorhandene Härte zu mildern, so soll das geschehen.

Staatssekretär Hoffmann: Die Werkdirektoren sind bereits angewiesen, nach ihrem eigenen Ermessen von der Bestimmung, Leute über 40 Jahre nicht anzunehmen, abzugehen und die Leistungsfähigkeit entscheiden zu lassen. Den zweiten Fall kann ich nicht beurteilen, da mir das Material fehlt. Wegen aber die Verhältnisse so wie vorgetragen sind und ist die Verwaltung in der Lage, eine wirklich vorhandene Härte zu mildern, so soll das geschehen.

Nach den Vorschlägen der Kommission soll ein Bau-Inspektor mit 4950 M. und von der Summe zur Instandhaltung und zu Reparaturen 100 000 M. abgesetzt werden. Mit diesen Abstrichen wird das Kapitel bewilligt, desgleichen nach dem Staatsanschlage das Kapitel „Waffenwesen und Befestigungen“.

Der Rest des Ordinariums wird ohne erhebliche Debatte bewilligt. Vor der Beratung des Extra-Ordinariums wird die Debatte vertagt.

Präsident v. Levetzow schlägt vor, morgen mit der Staatsberatung fortzufahren.

Hg. Graf Ballestrem bittet, den morgenden Tag seiner Bestimmung als Schwerenstat gemäß für die Beratung von Anträgen zu verwenden. Dem Zentrum liege sehr daran, den Antrag betreffs Aushebung des Jesuitengesetzes noch vor Ostern beraten zu sehen. Das könne aber nur geschehen, wenn auch morgen Schwerenstat abgehalten werde. Dann würde der Antrag spätestens am 15. März zur Verhandlung kommen.

Hg. v. Ranke (ol.) bittet, es beim Vorschlage des Präsidenten zu belassen; später könne man ja dem Antrage des Zentrums die Priorität vor den vorher zur Beratung stehenden Anträgen eintäumen.

Hg. Graf Ballestrem: Die Priorität für unsern Antrag eingeräumt zu erhalten, habe ich mich bei den Antragstellern der vorhergehenden Anträge vergeblich bemüht.

Hg. Schmidt-Everfeld hält die Beratung des Jesuitenantrags noch vor Ostern für unmöglich, auch wenn noch 2 oder 3 Schwerenstat abgehalten werden, da zu viel Initiativanträge dem Jesuitenantrage voranstehen.

Bei der Abstimmung über den Antrag des Grafen Ballestrem stimmen für denselben das Zentrum, die Polen und die Sozialdemokraten, dagegen die übrigen Parteien. Da das Resultat zweifelhaft ist, muß gezählt werden, wobei sich die Beschlüsse der Versammlung des Hauses ergibt für die Abhaltung eines Schwerenstat am 15. März, gegen dieselbe 76. Es verbleibt mithin bei dem Vorschlage des Präsidenten, wie derselbe unter großer Heiterkeit steht.

Schluss 5/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Marine-Kat.)

Tokales.

Die Privatklage, die Herr Paul Kampffmeyer gegen unsere Besprechung seiner Broschüre „v. Vollmar und die Sozialdemokratie“ erhoben hatte, verliert infoweit friedlich, als Herr Kampffmeyer den Vergleich vorschlug, der „Vorwärts“ möge den gegen ihn wegen unrichtigen Zitirens eingetragenen Ausföhrungen erbotenen Vorwurf der Fälschung und die daran geknüpften Erörterungen zurücknehmen, sofern sie den Kläger persönlich beträfen. Es lag um so weniger Grund vor, diesen Vergleich abzulehnen, da der „Vorwärts“ den Vorwurf der Fälschung, also das Wesentliche des Kampffmeyer'schen Erfindens, bereits früher ausgesprochen hatte, und so ist von unserem beklagten Redakteur Enderb dem Vergleiche in einer der Würde des „Vorwärts“ angemessenen Weise zugestimmt worden.

Die Besuchsziffer der städtischen höheren Lehranstalten (Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Real Schulen) ergibt sich aus einer vom Magistrat veröffentlichten Uebersicht, die manches Lehrreiche enthält. Die 20 Anstalten (inkl. Vorschulklassen) waren im Schuljahr 1892/93 von einer mittleren Zahl von 13 108 Schülern besucht, das macht für jede Anstalt durchschnittlich 655 Schüler. Die Durchschnittsziffer der Gemeindefschulen dagegen schwankt seit einer Reihe von Jahren zwischen 990 und 950 Kinder pro Schule. Bei den höheren Lehranstalten betrug die höchste auf einer einzigen Anstalt vereinigte Schülerzahl 828 (Holt-Realgymnasium). Dagegen hält man es bei den Gemeindefschulen noch nicht für gesundheitswidrig und den Unterrichtserfolg schädlich, wenn hier die Maximalfrequenz die der höheren Lehranstalten um ein halbes Tausend noch übersteigt. Die Durchschnittsziffer der Gemeindefschulen liegt doch selbst die Durchschnittsziffer der Gemeindefschulen noch um mehr als 100 über der Maximalfrequenz der höheren Schulen. — Die Frequenz der städtischen höheren Lehranstalten ist übrigens seit längerer Zeit beständig zurückgegangen, in den letzten 5 Jahren d. V. von 13 083 auf 13 108, also um 875 Schüler. Man hat alle möglichen Ursachen zur Erklärung dieser Erscheinung angeführt. Unter anderem hat man auch gesagt, daß die besitzende Klasse ihre Kinder mehr und mehr der Gemeindefschule zuwende. Vielleicht liegt es aber daran, daß immer weniger Leute in der Lage bleiben, ihre Kinder die theureren höheren Schulen besuchen zu lassen, weil immer mehr Leute aus der besitzenden Klasse in die besitzlose hinabsinken. Das jemand freiwillig auf die höhere Schulbildung verzichtet, die im allgemeinen nur der besitzenden Klasse zugänglich, und sich mit der niederen begnügt, die man als ausreichend für die besitzlose Klasse erachtet, das glaubt wahrscheinlich selbst Herr Stadtschulrat Bertram nicht. Auch die Bedauptung, daß die Bourgeoisie wenigstens in den unteren Klassen die Gemeindefschule zu bevorzugen angefangen habe, sobald diese allmählich einen Ersatz für die mit den höheren Lehranstalten verordneten Vorschulen (eine für den Klassenstaat höchst charakteristische Einrichtung) bildet, trifft nicht im geringsten zu. Die Abnahme der Frequenz ist auf den Vorschulen hauptsächlich eine geringere (5,7 pSt.) gewesen, als auf den höheren Lehranstalten selbst (6,4 pSt.), so daß die Vorschulen jetzt etwa 2 pSt. gegen früher wenig über 21 pSt. aller „höheren“ Schüler umfassen. Man könnte daraus eher auf eine verhältnismäßig steigende Beliebtheit der Vorschulen schließen. Wahrscheinlich ist aber auch dieser Schluss vornehmlich und falsch. Die Sache dürfte vielmehr so liegen, daß von der immer kleiner werdenden Anzahl von Kindern, deren Eltern für sie die Kosten des Besuches einer höheren Schule erschwingen können, oder erschwingen zu können meinen, ein immer größer werdender Bruchteil vor Erreichung des vorgeschriebenen Zieles aufhören und sich einem Berufe zuwenden muß, der auf schnelle und billige Weise Brot verschafft. Auf der Vorschule hält man's noch aus, zur Noth auch noch in den unteren Klassen des Gymnasiums, des Realgymnasiums, der Oberrealschule. Aber nachher heißt es: heraus aus der Schule und in die Lehre, zum Kaufmann, zum Handwerker oder in die Fabrik. — Den viel verwendeten Platz in der Schule nimmt das Kind des Besessenen ein, das in dem ärmlich gekleideten, fleißigen Jungen oft genug einen zwar sehr gern zur Ausbildung benutzten, aber im Grunde doch schwer gekämpften Konkurrenten los wird.

Die Frühjahrs-Kontrollversammlungen in Berlin finden im Landwehrbezirk Berlin I in den Tagen vom 10. bis 21. April, im Landwehrbezirk Berlin II vom 17. bis 28. April statt. Näheres wird durch öffentliche Anschläge in den ersten Aprilwochen bekannt gemacht werden.

Ueber das Kollektieren für Kirchenbauten oder vielmehr über die Art, in welcher es vielfach geschieht, hören wir mehrfache Klagen. Viele Sammler lieben es in den Arbeiterwohnungen in Abwesenheit des Mannes zu erscheinen und der Frau so lange zuzusehen, bis sie sich bewegen läßt, einige Groschen zu spenden, bloß um den Kollektanten los zu werden. Dieses Verfahren ist um so mehr zu rügen, da denselben meistens bekannt ist, daß der betreffende Arbeiter für alles eher Geld geben würde, als für Kirchenbauten.

Fünfundvierzig „Kavaliere“. Eine auffällige Angelegenheit, die zum Theil in Berlin, zum Theil in Hannover spielt, und die augenblicklich auf Ansuchen der Staatsanwaltschaft in Hannover die hiesige Strafbehörde beschäftigt, bildet, wie wir der „Volk-Zeitung“ entnehmen, augenblicklich in der hiesigen Sportwelt das Tagesgespräch. Es handelt sich nämlich um eine Massenanklage gegen 45 sogenannte Kavaliere der beiden genannten Städte wegen Falschspiels, Bucher und Schlegel. Einige der Hauptangeklagten sind bereits hinter Schloß und Riegel, während die zum Hauptangeklagten gelehrt ist, nach Amerika zu flüchten. Wie lange man ihn daseibst unbehelligt lassen wird, bleibt abzuwarten. Aus Tageslicht soll das verbrecherische Treiben der bezeichneten Kavaliere durch einen schlesischen Magnaten gekommen sein, dem einige dieser Herren in einem hoheliegenden Hotel in Hannover beim Spiel in beträchtlicher Weise 27 000 M. baar und namhafte weitere Beträge auf Wechsel abgenommen hatten. Der Geruchte, der gemerkt, daß man unehrlich gespielt, erstattete Anzeige beim Staatsanwalt.

Der Berichterstatter der „V.-Ztg.“ nennt als Hauptangeklagte einen Freiherrn von B., einen Stabsarzt von M., einen Bankier S., einen Assessor G.

Ueber einen seltsamen Mißbrauch des Telephons, dessen unschuldige Ursache der Zwerg-Gieflant Eiki in Kasan's Panoptikum ist, wird uns mitgeteilt. Seit einigen Tagen entwickelt sich bei telephonisch angeschlossenen Zahnärzten folgendes Gespräch:

„Wer dort?“
„Hier die Direktion von Kasan's Panoptikum!“
„Womit kann ich dienen?“
„Bitte, wollen Sie sich sofort mit Zange und Meißel versehen; dem Zwerg-Gieflanten „Eiki“ muß ein Zahn abgezogen werden. Sie kommen doch bestimmt und bald, das Thier leidet gräßliche Schmerzen.“
„Komme sofort! Schluss!“

Der Zahnarzt R. in der Münzstraße, der dem telephonischen Mißbrauch folgte, erfuhr bei seiner Ankunft zu seiner nicht geringen Ueberraschung, daß er bereits der Dritte sei, der auf solche Weise geizt worden war.

Ein schreckliches Verbrechen meldet einer unserer Berichterstatter. Heute (Dienstag) Nachmittag gegen 8 Uhr vernahm ein auf dem Patrouillengang befindlicher Schutzmann des 18. Polizeireviers aus einem Gebüsch des Friedrichsbains in der Nähe der Eps'schen Brauerei (Brauerei Friedrichsbain) ein leises Sighnen und näher tretend gewahrte der Beamte einen Mann, der in einer großen Blutlache lag. Der letztere wies entsetzliche hier nicht näher zu beschreibende Verletzungen auf, und wurde nunmehr auf Veranlassung des Beamten durch Arbeiter nach der zuständigen Wache des 18. Polizeireviers in der Neuen Königsstr. 94 gebracht. Hier vernahm der Herrm. noch folgende Angaben zu machen: Er sei der 23jährige Arbeiter Gustav Hornow aus Wehenfeld in Sachsen und erst seit einigen Tagen in Berlin zugewandert; er sei heute Nachmittag kurz vor 8 Uhr am Königsplatz von drei Männern angesprochen worden, von denen zwei hochlegant, der dritte weniger fein gekleidet gewesen. Plaudernd hätte er sich den Fremden angeschlossen und alle vier Personen seien dann nach dem Friedrichsbain gegangen, woselbst ihm von den Herren unfittliche Anträge gemacht worden seien. Er, Hornow, habe diesen Schimpf mit Entrüstung zurückgewiesen, worauf die Männer Drohungen ausgesprochen, dann seien die letzteren über ihn hergefallen, hätten ihn zu Boden gerissen und um seine Hüften zu erschießen, gefaselt, alsdann hätte ihm einer der Unholde mit einem scharfen Messer die schreckliche Verletzung beigebracht und schließlich seien die Drei in der Richtung nach der Landwehrer Allee zu geflohen.

Die von der Polizei sofort angestellten Nachforschungen nach den Tätern sind bis jetzt erfolglos geblieben. Die Verletzungen des H. werden alsbald nach dem Krankenhaus Friedrichsbain geschafft werden, sind zwar nicht lebensgefährlicher Natur, doch wird der Unglückliche dauernd ein Krüppel bleiben.

Eine eingehende Beschreibung der Thäter war von dem durch Blutverlust sehr geschwächten Manne leider vorläufig noch nicht zu erlangen.

Wie uns von anderer, zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, war der Unglückliche bereits um 1 1/2 Uhr von einem Arbeiter der städtischen Straßenreinigung aufgejagt. Dieser eilte sofort nach dem Polizeirevier, Neue Königsstr. 94, und meldete den Vorfall. Auf dem Polizeirevier wurde er aber bedauert, daß der Fundort nicht zu dem Revier gehöre, sondern daß er ihn in der Heinersdorfstr. 6 zu melden habe. Hierzu hatte der Arbeiter keine Zeit, und er schickte zwei Knaben nach dem genannten Polizeirevier. Mittlerweile mögen wohl zehn Minuten vergangen sein, als der Arbeiter den Verwundeten bereits selbst aus dem Hain schleppen sah und der Polizeiwache zuschwam.

Zwei kurz auf einander folgende Schüsse alarmirten am Sonntag früh gegen 8 Uhr die Bewohner des Hauses Schönbauer Allee 156a. Die Veranlassung zu der Schußaffäre gab ein verachteter Eindringel, dem in adäquater Weise auch ein geplanter Raubmord zu Grunde gelegen haben mag. In dem vorgenannten Hause befindet sich eine Filiale des Zigarrengeschäftes von Julius Knood, welches zur Zeit nach dem Hause 188 dieser Straße verlegt wird. Da sich auch der Gelfortant bereits in dem neuen Geschäft befindet, bezieht der Inhaber der Filiale, Herr Hermann, das Geld, sowie Werthsachen in seinem hinter dem Verkaufstisch belegenen Schlafzimmer, wo er die Kasse unter seinem Bette aufbewahrt. Obwohl dieser interimistische Aufbewahrungsort erst seit Freitag voriger Woche vorhanden, müssen fremde Personen doch davon Kenntnis erhalten haben. Gegen 8 Uhr früh am Sonntag erwachte Herr W. durch ein ziemlich heftiges Geräusch, welches durch Zurückschlagen des Thürschlosses verursacht wurde. Kurz und entschlossen sprang der Verkäufer aus dem Bett und einen an der Wand hängenden Revolver ergreifend, rief er heftig die Thür auf und gab auf die Eindringel zwei Schüsse ab, ohne jedoch die Flüchtenden zu treffen. Das übrigens verschlossene Haus, dessen Thür von den Verbrechern nicht geöffnet worden ist, wurde sofort polizeilich abgesucht, jedoch ohne Erfolg. Man nimmt an, daß die Eindringel die Ansicht hatten, die Thür geräuschlos zu öffnen, den schlafenden Verkäufer niederzuschlagen oder zu tödten, um alsdann den Raub auszuführen zu können. Das Knackloch des Schlafzimmers ist mittels Stemmeisens erbrochen worden.

Das Messer hat wieder in der verwichenen Nacht eine Rolle gespielt. Gegen 1 Uhr wurde die Kellerin Paula Maruschka an der Ecke der Leipziger- und Mauerstraße durch den Kellerer Wid. Ullmann belästigt und suchte sich seiner vergeblich zu erwehren. Unter den Zeugen des Vorganges befand sich auch der Kaufmann Hans Wögeling, der seinem Unwillen über das Verhalten Ullmann's unvorhoben Ausdruck gab. Wögeling erbielt er durch Ullmann ein Messerstück in die rechte Schulter.

Von der Polizeiwache, auf welcher die Szene ihren Abschluß fand, mußte er sich nach der Sanitätswache in der Zimmerstraße begeben. Hier ergab sich, daß der Stich mittels eines Taschenmessers derartig heftig geführt worden war, daß die Klinge fast in der ganzen Länge abgetrochen und in der Wunde stecken geblieben war.

Ueber einen Unfall im königlichen Schauspielhause, der vorgestern Abend während der Vorstellung stattfand, wird berichtet: Der in den 60er Jahren stehende Arbeiter Karl Eggert ist auf eine noch nicht ganz aufgeklärte Weise mit dem Fabrikarbeiter in der Verührung gekommen. Nach der einen Darstellung ist er in den Fahrstuhl gefallen und hat dadurch seinen Tod gefunden, nach der anderen Annahme ist ihm der Fahrstuhl auf den Kopf gefallen, hat den Schädel eingeschlagen, und so den Tod herbeigeführt. Eggert hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Der Verein „Freie Bühne“ veranstaltet am Sonntag, den 12. März, Mittags 12 Uhr, seine zweite Vorstellung im Victoria-Theater. Zur Darstellung gelangt: Thomas Bedet, Trauerspiel von Hans Wellberg. Hoffentlich hat dasselbe mehr Erfolg als das Eröffnungsspiel „Manometer auf 99“ von Franz Held, dem Gründer und Leiter des Vereins.

Marktpreise in Berlin am 6. März, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,60—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,40—13,10 M., mittlerer von 13,00—12,80 M., geringerer von 12,70—12,40 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,90 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,70—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,50 M., geringer von 14,40—13,90 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von —, — M. Heu per 100 Kilogramm von —, — M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speiseerbsen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Binsen per 100 Kg. von 80,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 5,60—2,80 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Hale von 3,00—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Dorsche von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weie von 1,40 bis 0,80 M. Kresse per 60 Stück von 10,00—8,00 M.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Vormittags, stürzte auf dem Grundstücke Wassergrasse 10 ein obdachloser Arbeiter in der Trunkenheit von der nach dem Keller führenden Treppe und erlitt so bedeutende Verletzungen am Kopfe, daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — Nachmittags sprang ein unbekannter, etwa 50jähriger Mann an der Ubertbrücke in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — Vor dem Hause Landwehrgerstr. 82 gerieth der Arbeiter Krüger unter einen Geschäftswagen und wurde dabei so schwer verletzt, daß er bereits auf dem Wege nach dem Krankenhaus verstarb. — Im königlichen Schauspielhause stürzte Abends der Arbeiter Eggert in einen Fahrstuhl und verstarb auf der Stelle. — Im Laufe des Tages und am darauffolgenden Morgen fanden vier Brände statt.

Gerichts-Beifung.

Prozeß von Arnaud-Löwy. Ein Nachspiel zu dem bekannten Prozeß des ehemaligen Bankiers Hugo Löwy beschäftigt heute die II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Auf der Anklagebank hatten Platz zu nehmen:

1. Der vom Amte suspendirte Kriminalkommissarius Otto von Arnaud, 1846 geboren, unbestraft. 2. Der frühere Bankier Hugo Löwy, nach den Akten bestraft in Frankreich wegen Betruges und wegen abus de confiance mit 2 Jahren Gefängniß (in contumaciam). Die Anklage verweist ferner darauf, daß der Angeklagte im Jahre 1888 wegen einer in Frankreich begangenen Unterschlagung hier in Untersuchung gewesen, das Verbrechen aber eingestellt worden sei, weil die französische Regierung den Antrag auf Durchführung der Untersuchung nicht gestellt habe. Am 6. Oktober ist L. wegen Bankrotts, wiederholten Betruges und wiederholter Unterschlagung zu 2 1/2 Jahren Gefängniß und 2000 M. Geldbusse verurtheilt worden. Das Urtheil ist aber noch nicht rechtskräftig.

3. Der Kaufmann L e w i n, ein Schwager Löwy's und ehemaliger Kassirer desselben, 1865 geboren und unbestraft.

Beschuldigt wird:

1. v. Arnaud: a) am 28. Nov. 1891 Wechsel im Betrage von ca. 94 000 M. der Kommanditgesellschaft D. Löwy bezw. den Konkursgläubigern derselben in der Absicht rechtswidriger Aneignung weggenommen zu haben; b) am 25. November 1891 einen Schuldner, welcher seine Zahlungen eingestellt hat und über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet worden ist, durch Drohung, Mißbrauch des Ansehens, Ueberrückung u. vorsätzlich bestimmt zu haben, ihm selbst als Gläubiger vor den anderen Gläubigern eine ihm nicht zustehende Befriedigung zu gewähren.

2. Löwy: In den Jahren 1890/91 den Mitangeklagten v. Arnaud betrogen und ihn bezw. seine Mutter an ihrem Vermögen um ca. 100 000 M. geködigt zu haben.

3. L e w i n: Im November 1891 dem Angeklagten v. A. zur Begehung des Diebstahls durch Rath und That Beihilfe geleistet zu haben.

Hugo Löwy errichtete sein bekanntes Geschäft, welches nach Ansicht des öffentlichen Anklägers jeder soliden Basis entbehre, im Jahre 1889. Es wird ihm vorgeworfen, daß er es verstanden habe, v. Arnaud in seine Netze zu ziehen, eine Duzfreundschaft mit ihm zu entwickeln und ihn schließlich zu bestimmen, ihm nach und nach größerer Beträge aus seinem und dem von ihm verwalteten Vermögen seiner Mutter abzunehmen, bis er ihm über 100 000 Mark schuldet. Er soll dabei falsche Vorspiegelungen nicht gescheut haben. Im Herbst 1891 ist Löwy's Geschäft zusammengebrochen. Es gingen gegen ihn verschiedene Anzeigen ein und das Polizei-Präsidium mußte sich mit seinen Geschäften befassen. Die Recherchen lagen in der Hand des Kriminalkommissarius Wolff und die Anklage behauptet, daß aus dem Munde dieses Beamten dem Angeklagten v. A. der Stand der Dinge und die bereits vorhandene Zahlungsunfähigkeit Löwy's im November wohl bekannt gewesen sei. Er suchte sein Geld zu retten, Löwy vertritt ihn auf den Kauf der „Deutschlands-Grube“ bei Waldenburg und reiste dorthin. Auf Herrn Wolff's Rath bestimmte ihn v. A. zur Rückkehr nach Berlin, und hier ist er am 25. November 1891 festgenommen worden. Ede Löwy hier ankam, begab sich v. A. in das Löwy'sche Geschäftstotal, um sich eine Deckung für seine Forderungen zu verschaffen. Das geeignetste Objekt hierzu erschien ihm die bei Löwy niedergelegten, zum Theil nicht sicheren Wechsel. Der Kassirer Lewin hatte die Wechsel hinter sich und soll den Angeklagten v. A. in der Auswahl der Wechsel nach ihrer Sonntagsunterstützung haben. v. Arnaud nahm solche im Gesamtbetrage von ca. 94 000 M. mit sich. Die Anklage behauptet, daß Löwy an jenem Tage (25. November) bereits zahlungsunfähig war und v. Arnaud die Wechsel sich widerrechtlich angeeignet habe. Tags darauf kehrte Löwy nach Berlin zurück und suchte v. A. auf. Letzterer soll ihn nun zu bestimmen gewußt haben, die Aneignung der Wechsel zu genehmigen und mit seinem Büro zu versehen. Nach Ansicht der Anklage liegt hierin auch ein Vergehen gegen § 211 der Konkursordnung. Von einer Anklage ist aber abgesehen worden,

weil die Staatsanwaltschaft den Versuch machen will, Löwy wegen betrügerischen Bankrotts zur Bestrafung zu bringen. Gelingt dies nicht, dann bleibt eine Anklage aus § 211 der Konkursordnung vorbehalten. Gegen den Angell. v. Arnauld ist außerdem die Voruntersuchung wegen Meineids eröffnet.

Den Vorsitz im Gerichtshof führt Landgerichts-Direktor Brausewetter, die Anklage vertritt Staatsanwalt Doktor Benediz, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Fr. Friedmann, Dr. Gottlieb und Bronker.

Ueber das Vorleben Löwy's überreicht der Staatsanwalt eine heute Vormittag durch Vermittelung des auswärtigen Amtes eingegangene amtliche Auskunft unter der Behauptung, daß der Angeklagte in Frankreich außer den zwei Jahren noch Strafen von 6 Monaten und 2 Monaten Gefängnis erlitten habe, was der Angeklagte bestritt. Ferner überreicht der Staatsanwalt amtliche Auskunft der österreichischen Regierung, wonach der Angeklagte im Jahre 1874 wegen Krida verfolgt und nach seiner Rückkehr von Bosnien gleichfalls wegen Betruges unter Verfolgung gesetzt worden sei und in diesem Verfahren noch jetzt rechtskräftig verfolgt werde. Endlich überreicht der Staatsanwalt eine Depesche des Bürgermeisters von Parob, wonach Löwy unter Hinterlassung zahlreicher Schulden aus Bosnien verschwunden sei. — Angell. Löwy bestritt diese Behauptungen und erklärte, daß er ja für die österreichische Regierung nach Bosnien gegangen sei und Militärleistungen übernommen habe. Die österreichische Regierung werde doch solche Geschäfte mit einem Manne nicht machen, der rechtskräftig verfolgt wird. Er habe schließlich mit der österreichischen Regierung eine Klage über 588 000 Gulden gehobt und diese Klage sei durch einen Vergleich über 180 000 Gulden beendet worden. Der Staatsanwalt behauptet, daß der Angeklagte die Geschäfte in Bosnien mit seinem Freunde Schorrad gemacht habe; Löwy bestritt dies und erklärte, daß seine Firma Buchwald u. Löwy laut und Buchwald die Summe gegen die österreichische Regierung eingeklagt habe. Der Vorsitzende konstatirt aus dem vorliegenden amtlichen Material, daß der Angeklagte ein Mann sei, welcher überall Konkurs gemacht habe. Er sei 1879 frustriert exkommuniziert gewesen, denn alles, was man bei einer Forderung bei ihm vorgefunden, sei ein Anzug und ein Paar Stiefel gewesen. In Frankreich habe er unter verschiedenen Firmen, namentlich auch unter der Firma Hugo u. Co., Geschäfte betrieben und bankrott gemacht. Er sei dann auch aus Frankreich verschwunden und zwar mit einer großen Summe, die er widerrechtlich mit sich genommen. Auch diese Behauptung bestritt Löwy. Er behauptet, daß er in Paris nur einmal Konkurs angemeldet habe und daß dabei 102 pCt. herausgekommen seien. Er habe sich aus Paris entfernt, weil eine Zeitungsnachricht erschienen war, wonach er in Paris nur deshalb auf so großem Fuße leben könne, weil er ein Spion Wisnars's sei. — Staatsanwalt Dr. Benediz behauptet dem gegenüber, daß von letzterer Thatsache gar keine Rede sei und daß bei dem Konkurs in Paris 290 pCt. herausgekommen seien. — Der Angeklagte Löwy verweist noch darauf, daß das Geld, welches er aus Frankreich hierher mitgebracht habe und welches ihm hier abgenommen worden sollte, ihm wieder zurückgegeben werden mußte und von seinem Verteidiger Dr. Friedmann abgehoben worden sei. Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß dies nur geschehen sei, weil mit Frankreich eine Restitutionsklage nicht bestehe. Der Angeklagte werde nicht leugnen können, daß er in Frankreich unter verschiedenen Namen gelebt und mit einer nicht ganz unzweifelhaften Dame in Verbindung gewesen sei. Aus den vorliegenden Daten gehe doch so viel hervor, daß der Angeklagte keinerlei Veranlassung habe, sich mit der Rolle eines soliden Geschäftsmanns zu brüsten. Er wisse doch genug, daß er in Bosnien auch in eine unangenehme Verbindung mit einem Schmeißer gekommen sei, welcher einer Dame abhandeln gekommen war und welchen er für 25 000 Mark verliert habe. Der Angeklagte werde von Bosnien aus verfolgt, in Oesterreich sei ihm der Boden zu heiß geworden, in Frankreich könne er sich nicht mehr sehen lassen, hier sühne er sich, und er habe also kaum noch Betrugheit, irgendwo unterzukommen.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann erbitte sich jedenfalls die Gelegenheit, das amtliche Material, welches der Staatsanwalt über das Vorleben Löwy's vorgelegt, zu prüfen. Vorläufig bestritt er die aufgestellten Behauptungen und behalte sich diesbezügliche Beweisanträge vor. Er habe von amtlich beglaubigten Thatsachen noch nichts gehört, sondern nur einseitige Behauptungen, welche der Angeklagte bestritt.

Zur Frage der Behandlung der Sache erklärt der Präsident: Der Gerichtshof sei der Ansicht, daß der Punkt der Anklage, welcher sich auf das Vergehen gegen § 211 der Konkursordnung beziehe, auszuscheiden habe und zwar mit Rücksicht darauf, daß in Folge des reichsgerichtlichen Erkenntnisses noch die Frage in der Schwebe sei, ob gegen Löwy die Anklage wegen betrügerischen Bankrotts zu erheben sei.

Nach längeren, theilweise energischen Auseinandersetzungen zwischen dem Staatsanwalt und dem Rechtsanwalt Friedmann über diesen Punkt beantragt der letztere die Vertagung der ganzen Verhandlung, da zur Zeit bereits drei verschiedene Strafkammern sich mit Löwy'schen Angelegenheiten zu beschäftigen haben und es doch angemessen sei, die ganzen Sachen zu einem Ganzen zu verbinden, zumal ja auch gegen v. Arnauld das Verfahren wegen Meineids schwebt und in der diesbezüglichen Verhandlung sich ja ergeben werde, ob nicht v. Arnauld ebenfalls in gutem Glauben gehandelt habe. Staatsanwalt Dr. Benediz empfiehlt gerade im Interesse des Angeklagten v. A., so weit zu verhandeln, als irgend möglich sei. Die Voruntersuchung wegen Meineids sei geschlossen, die Sache liege jetzt der Strafkammer vor, und er könne nicht wissen, was aus derselben wird.

Der Gerichtshof beschließt, in die Verhandlung einzutreten. Einen Antrag des Staatsanwalts, während der Vernehmung des Angeklagten v. A. den Löwy abtreten zu lassen, wird abgelehnt.

Der Angeklagte von Arnauld erzählt auf Befragen des Präsidenten, daß er den Angeklagten Löwy im Jahre 1882 zu Köln in der Obstadt von Wöh kennen gelernt habe. Wöh sei Kommandant des Löwy gewesen und habe ihn schließlich überredet, mit größeren Summen bei Löwy zu spekulieren. Er habe schließlich circa 100 000 M. hingegeben. Einem Tages im Jahre 1881 sei er gewarnt und es sei ihm gesagt worden, daß das Löwy'sche Geschäft bald zusammenbrechen müsse. Er habe sich mit seiner Frau zu Löwy gegeben, um Aufklärung zu verlangen, Löwy habe ihn aber vollständig beruhigt. Dann seien die großen Bankrotts gekommen und da ihm die ganze Geschäftsverbindung mit Löwy mit Rücksicht auf seine vorgelegte Behörde unangenehm geworden sei, habe er aus derselben halbmöglichst ganz herauskommen wollen. Er habe mit Löwy darüber verhandelt, dieser habe ihm erst Wechsel, dann Hypotheken angeboten und schließlich sei verabredet worden, daß Löwy nach Waldenburg reisen sollte, um ihm das Bergwerk zu verpfänden. In Waldenburg's Abwesenheit habe er sich mehrfach in das Geschäftsfaktoral begeben und bei einer Gelegenheit habe er den Ratler Rogh auf der Straße getroffen, welcher ihm den Rath erteilt habe, sich Wechsel geben zu lassen. Er sei dann zu Wein gegangen, welcher eine große Anzahl Wechsel in seiner Brusttasche trug und habe ihn gebeten, ihm eine Anzahl Wechsel zu überlassen. Er habe sich dabei gedacht: Er sei doch mit einer so großen Summe interessiert, und die Wechsel seien in der Brusttasche des Wein doch zu unsicher. Er habe also mit Genehmigung des Wein eine Anzahl Wechsel ausgefacht, dieselben genau verzeichnet und mit nach Hause genommen. An demselben Abende sei Wein bei ihm erschienen, und auf Ersuchen desselben habe er ihm 4000 Mark in Wechseln zurückgegeben, welche diskontirt werden sollten. — Angell. Wein bestätigt diese Angaben im Großen und Ganzen. Er habe die Wechsel in der Tasche getragen, weil während der Abwesenheit Löwy's doch kein Geld in der Kasse war und er doch in der Lage sein mußte, sich

aus den Wechseln Geld zu machen. Er wollte dieselben bei der Berliner Kreditbank in der Leipzigerstraße diskontiren und dem Direktor die Auswahl aus den Wechseln überlassen. Er habe den Herrn v. Arnauld für einen Sozius des Löwy und somit für einen Vorgesetzten gehalten.

Nachdem bis hierher verhandelt worden, beschließt der Gerichtshof nach kurzer Beratung, die Sache zu verlagern. Der Gerichtshof habe sich, so verklärt der Vorsitzende, überzeugt, daß er nicht verhandeln könne, ehe nicht eine rechtskräftige Entscheidung in der Löwy'schen Bankrottsache vorliege. Auch über die Diebstahlsanklage könne nicht verhandelt werden, weil man nicht wisse, ob die Begehung der Wechsel nicht im Kausalsammenhange mit dem Bankrott stehe und es nicht angemessen erscheine, daß event. res judicata (eine endgültig abgeurteilte Sache) vorliege.

Der Gerichtshof hat ferner beschlossen in dieser Sache die Untersuchungshaft gegen den Angeklagten v. Arnauld aufzuheben, da derselbe durch die Diebstahlsanklage nicht mehr so dringend verdächtig erscheint und wegen der etwaigen Beihilfe zum Vergehen gegen § 211 der Konkursordnung Pflichtverdacht nicht vorliegt.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann erklärt, daß er sofort einen Haftentlassungs-Antrag auch in der Meineidsache stellen werde.

Soziale Uebersicht.

Ueber die Arbeitslosigkeit in Braunschweig hat die dortige Generalkommission der Gewerkschaften noch eine Tabelle angefertigt, aus der zu ersehen ist, in welcher Weise die einzelnen Gewerbe von der Arbeitslosigkeit betroffen werden. Wir lassen die Tabelle hiermit folgen:

	Zahl der Arbeitslosen	Kinder	Arbeitslosigkeit in Tagen	Verheirathet	Widig
1. Baugewerbe . . .	329	452	2968	212	117
2. Bekleidungs- und Lederindustrie . . .	88	28	164	15	18
3. Bergarbeiter . . .					
4. Bauwirtschaft und Bedienung . . .	80	12	384	9	21
5. Graphische Gewerbe . . .	20	15	247	11	9
6. Keramische Gewerbe . . .					
7. Holzindustrie . . .	120	161	1518	65	55
8. Metallindustrie . . .	158	364	1757	91	67
9. Nahrungsmittel-Industrie . . .	64	71	778	30	34
10. Nichtgewerblicher Arbeiter und Gärtner . . .	647	940	6881	549	199
11. Textilindustrie . . .	2		14	1	1
Summa	1403	2088	14 146	983	620

Herrn Eugen Richter's Spartheorie in der Praxis.
In Spremberg hat eine Arbeiterin in der Tabak- und Zigarettenfabrik des Herrn Magister gearbeitet und wöchentlich 2,40 M. Lohn erhalten, das macht pro Stunde 3/4 Pfennige bei 8-stündiger Arbeitszeit. Herr Magister ist freisinnig, wie die meisten Leute, die aus für sie sehr guten Gründen den Arbeitern das Sparen predigen. Immerhin darf man darauf gespannt sein, wie selbst das zahlungseine Eugen Richter es anfangen wird nachzuweisen, daß die Zigarettenarbeiterin sehr wohl ein „schönes Kapitalchen“ hätte sparen können, wenn sie mit ihrem Verdienste „ordentlich Haus gehalten hätte“.

Zur Beachtung! Der französische Staatsangehörige Herr Pierre Ramoneuc hat ein Vermögen von 300 000 Fr. für die Kinder aller derjenigen französischen oder ausländischen Arbeiter oder Arbeiterinnen, welche als Mitglieder der französischen oder algerischen Bergwerken zugehörigen Unfallsverordnet sind. Einzige Bedingung hierbei ist, daß diese Kinder, sie mögen männlichen oder weiblichen Geschlechts sein, am 3. Februar 1890 das Alter von 15 Jahren noch nicht überschritten hatten und in rechtmäßiger Ehe geboren oder, wenn sie unehelich sind, vom Vater ausdrücklich anerkannt sein müssen. Die weiteren Ausschlässe werden den in Deutschland lebenden Verheiratheten vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Paris oder von der Kanzlei der Französischen Botschaft in Berlin, Pariser Platz, erteilt werden.

Der Anstand der englischen Flaschenglasmacher, der vor acht Wochen begann, dauert noch immer fort. Eine große Zahl anderer Arbeiterkategorien sind in Mitleidenschaft gezogen. Die Noth unter diesen ist groß. Einige Beistände verschiedener Religionen suchen deshalb zwischen Fabrikanten und Arbeitern Frieden zu stiften, die Fabrikanten stellen aber solche Bedingungen, daß die Glasmacher es nicht der Mühe werth hielten, sie in Erwägung zu ziehen, zu dem beim Beginn des Streiks auf Grund früherer, schlechter Erfahrungen beschlossen worden war, daß dritte Personen nicht als Vermittler anerkannt werden sollten. In Yorkshre, wo der Anstand oder richtiger die Aussperrung begann, wurden sonst 3 800 000 Flaschen wöchentlich produziert; nachdem die Oefen acht Wochen lang still gestanden haben, macht das einen Ausfall von 28 800 000 Flaschen. Nun hat sich der Anstand auf Dublin und Lancashire ausgedehnt, und so wird es kaum zu hoch geschätzt sein, wenn man sagt, daß infolge des durch die Fabrikanten hervorgerufenen Anstandes in England jetzt wöchentlich fünf Millionen weniger produziert werden. Da das Verhalten der Glasmacher musterhaft ist — bis jetzt hat sich noch kein einziger Streikbrecher unter ihnen gefunden — so ist ihnen der Sieg wahrscheinlich, zumal nun auch sämtliche Medizinalglasmacher sowie der Rest der Flaschenglasmacher ganz Englands die Arbeit niederlegen wollen, wenn die Fabrikanten auf ihrer Lohnreduktion beharren.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Stellmacher tagte am 6. März, um zu dem durch die Innung von der Wulfsstraße 9, nach der Blumenstr. 58, verlegten Arbeitsnachweis Stellung zu nehmen. Kollege Bräut legte den Anwesenden nochmals die Gründe dar, welche die Gesellen veranlassen haben, energig diese Verlegung zu fordern, diesem Drängen mußte die Innung, wie bekannt, nachkommen, wollte sie nicht Gefahr laufen, daß ihr der Nachweis von den Gesellen aus den Händen genommen werde. Die unangenehme Behandlung der Zureisenden durch den Herbergswirth lag zu augenscheinlich, auch war es wiederholt zu Unstimmigkeiten zwischen beiden Theilen gekommen. Da nun die Herberge und der Arbeitsnachweis verlegt sei, bemerkte der Redner, sollten die Kollegen nur dieses Lokal oder die Zeitung zur Erlangung von Arbeitsgelegenheit benützen, bis der Fachverein in der Lage sein würde, selbst einen Arbeitsnachweis zu errichten. Die Kollegen Schuster, Rißmann, Menzel, Häring

und der Schmied Bergelow verurtheilten aufs schärfste das Verhalten ihres früheren Herbergswirths. Jetzt hat er, wie berichtet wurde, den Meistern durch Karten angezeigt, daß er noch wie vor einen für die Meister unentgeltlichen Arbeitsnachweis führe. Es dürfte sich ihm selbstredend kein Kollege zur Verfügung stellen. Zur Beaufsichtigung und Entgegennahme von Bewerbungen über den neuen Arbeitsnachweis wurde eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Schwarz, Bräut, Baum, Jachan und Braun gewählt, welche in öffentlichen Versammlungen zu berichten hat. — Hieraus hielt Genosse Willarg einen mit regem Interesse verfolgten Vortrag über das Thema: „Die Organisation des Kapitals und der Arbeit.“ In der Diskussion wurde der schwachen Theilnahme der Stellmacher an ihrem Fachverein verschiedenerseits gerügt. Der gewählte Kommission wurde noch aufgetragen, die Errichtung eines Unterstützungsfonds in den Kreis ihrer Beratung zu ziehen und geeignete Vorschläge der nächsten Versammlung zu unterbreiten. Nachdem noch Willarg über die Zusammensetzung des Gewerbegerichts gesprochen hatte, ersuchte Kollege Marx die Augenzeugen bei seinem Renkontre mit dem früheren Herbergswirth, Herrn Milde, sich bei ihm zu melden. Er habe auf seine Klage vom Staatsanwalt einen abschlägigen Bescheid erhalten, dafür aber selbst eine Anklage bekommen. Zum Schluß wurden noch die Mißstände in einigen Fabriken und auch die Verhältnisse bei den Pferdebahn-Gesellschaften kritisiert.

Eine Mitgliederversammlung der Vereinigung der Drechsler Deutschlands tagte am 26. Februar. Nachdem der Bibliothekar über seine Thätigkeit Bericht erstattet hatte, hielt Kollege Post einen brisillig aufgenommenen Vortrag über die Organisationsfrage, in welchem er sich auf den Boden der Kartellverträge stellte. Nach erfolgter Diskussion wurde ein Antrag auf derzeitigen Anschluß an das künftige Holzarbeiterkartell mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Sodann wurden Kranz und Schulz in die Rechtskommission gewählt. Hieraus erstattete der Arbeitsvermittler Bericht über die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember vorigen Jahres. Danach ließen sich in dieser Zeit 419 Mitglieder und 98 Nichtmitglieder in die Listen eintragen. Verlangt wurden von 216 Unternehmern 284 Gesellen. Arbeit angenommen haben bei diesen 168 Gesellen, unbefestigt blieben 88 Stellen. Es wurde alsdann beschlossen, daß fortan jede Versammlung, ohne Rücksicht auf die Zahl der vorhandenen Mitglieder, spätestens Vormittags 11 Uhr beginnen soll. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf die am 12. März, Morgens 10 Uhr, Beuthstr. 20, stattfindende Versammlung der Erdstrassenklasse hin, in welcher die freie Arztwahl auf der Tagesordnung steht. Legitimation ist zu dieser Versammlung nicht erforderlich.

Die Krankenkassen-Kommission gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen hatte für den 5. d. M. eine öffentliche Versammlung von Mitgliedern der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, Vorschläge zu den demnächst zu unternehmenden Schritten betreffs Einführung der freien Arztwahl zu machen. Da indessen derartige Vorschläge nicht gemacht wurden, auch die Kommission es nicht für angezeigt hielt, ihr Programm vorzeitig zu veröffentlichen, so wurde dieser Gegenstand vertagen und gelangte der zweite Punkt der Tagesordnung: „Maßnahmen eines ehemaligen Vorstandes des Arbeitervereins gegen ein Kassenmitglied gegenüber“ zur Verhandlung. Der Betreffende, der jetzt Krankenkassenbesucher ist, hatte ein anderes Kassenmitglied in Anschlag an eine mit ihm in einer Versammlung ausgefochtenen Affäre auf öffentlicher Straße thätlich beleidigt. Die Versammlung beauftragte ihr Bureau, beim Kassenvorstand dahin vorstellig zu werden, den betreffenden Krankenkassenbesucher wegen seiner Schlägertätigkeit seines Amtes zu entheben. Eine Resolution, die sich mit diesem Antrage deckt, fand einstimmige Annahme. Des Weiteren wurde die Agitation des Vorstandes gegen die freie Arztwahl kritisiert und für verwerflich befunden. Zum Schluß erfolgte die Erörterung interner Kassenangelegenheiten. Bei dieser Gelegenheit erhob die Versammlung, in Rücksicht auf die mit dem Vorstand verhandelnden Kranken, Protest gegen die Verlegung des Kassenlokales in die zweite Etage des diesbezüglichen Hauses in der Kavaliersstraße. Die Delegirten wurden deshalb beauftragt, dahin zu wirken, daß wieder ein Parterre zum Kassenlokal genommen werde.

Eine Protestversammlung der Weber und Wicker tagte am 2. März bei Noth. In einem fesselnden Vortrage zeigte Herr Rißler ein, daß in diesem Gewerbe ein Nothstand herrscht, wie er schlimmer kaum ausgedacht werden kann. In der Diskussion, die im übrigen die Ausführungen des Referenten ergänzte, verfuhr ein Herr Beier für das Innungswesen Propaganda zu machen. Derselbe wurde jedoch von den Herren Schuster, Köhler, Wagner, Häblich, Neumann, wie auch vom Referenten eingehend widerlegt. Sämmtliche Redner forderten zum Anschluß an die bestehende Organisation auf und traten ferner für die folgende Resolution ein, deren Annahme einstimmig erfolgte:

„Die Versammlung wendet sich entschieden gegen die Behauptung der Reichstagsmehrheit und der Regierung, daß ein eigentlicher Nothstand in der Arbeiterschaft nicht zu verzeichnen, und daß im Gegentheil der Arbeitslohn vielfach, namentlich in der Textilindustrie, gestiegen sei. Sie stellt vielmehr fest, daß wenigstens die Berliner Weber seit Jahren unter hochgradiger Arbeitslosigkeit und recht empfindlichem Lohndruck zu leiden haben, Mißstände, welche nur durch die wenige Monate im Jahre andauernde Saisonarbeit unterbrochen wurden, wodurch der Lohn aber niemals eine Höhe erreicht hat, daß er zur Beitreibung einer menschenwürdigen Lebensweise genügt. Gemildert können jene Mißstände nur werden durch eine tiefere schneidende Arbeiterschafts-Gesetzgebung, durch einen gesetzlich festgesetzten Normal-Arbeitslohn, welcher mit jeder wirklichen Zunahme der Produktion vergrößert werden mußte. Hierdurch würde die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit die ökonomische Macht der Arbeiter nicht wenig erhöht werden. Als weiteres wirksames Mittel zur Hebung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterschaft betrachtet die Versammlung die moderne Gewerkschaftsorganisation. Sie hält es daher für die Pflicht der hiesigen Arbeiterschaft, sich in Gesamtheit der Berliner Filiale des Verbandes aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen.“

Eine öffentliche Versammlung aller in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Montag Abend und beschäftigte sich mit der Frage: „Wie stellen wir uns zu einer diesjährigen Lohnbewegung?“ Kollege Megge führte den Versammelten die Mißstände, welche seit der letzten Lohnbewegung im Jahre 1889 wieder platzgegriffen haben, vor Augen. Die Kollegen blieben der Organisation fern, und die Ueberhandnahme der Hausindustrie thue das übrige, um die Lebenslage zu einer unerträglichen zu machen. Lohnabläge bis zu 50 pCt seien zu verzeichnen, die Halbstarbeiter ermöglichte eine intensive Ausnutzung der weiblichen Arbeitskräfte bei unbeschränkter Arbeitszeit. Ohne ein rechtzeitiges, einmütiges Vorgehen wären die Arbeiter bald derartig ausgefogen, daß sie gänzlich machtlos wären, überhaupt noch irgendwelche Forderungen zu stellen. Um aber erfolgreich in diesem Frühjahr gegen die Fabrikanten und Kleinmeister vorzugehen, sei das geringe Opfer, welches der Anschluß an die Organisation erfordere, durchaus notwendig; auch die Manufaktur müßten sich dem Verbande anschließen. Nach längerer Diskussion, in welcher zwar das Wesen der Hausarbeit verurtheilt, im übrigen aber größtentheils anerkannt wurde, daß nur durch ein gemeinschaftliches Vorgehen mit den

